

# Migration und Bildung

## Einführung

Eine zentrale Herausforderung des österreichischen Bildungssystems ist die ungleiche Verteilung von Bildungschancen. Kinder aus ressourcenärmeren und zugewanderten Familien haben oft schlechtere Ausgangsbedingungen, was zu niedrigeren Bildungsabschlüssen und mehr Niedriglohnbeschäftigung führt. Zudem fehlt es an Personal und Ressourcen in Bildungseinrichtungen. Besonders in den Städten sind die Herausforderungslagen besonders konzentriert – das gilt auch für Wien als der größten Stadt des Landes. Neue Konzepte und eine bessere Vernetzung, um Bildung für alle noch zugänglicher zu machen, sind gefragt. Besonders für neuzugewanderte und rassistisch diskriminierte Gruppen müssen die Zugangschancen z (Weiter)bildung verbessert werden, um eine gerechte Integration und Chancengleichheit zu fördern.

Das folgende Impulspapier bündelt die Ergebnisse aus drei Fokusgruppen, in denen Expert:innen aus Verwaltung, Wissenschaft und Praxis gemeinsam mit Expert:innen der AK-Wien Problemlagen sowie Lösungsansätze und Handlungsmöglichkeiten zum Thema „Migration und Bildung“ diskutiert haben. Die Fokusgruppen fanden am 27. März 2025 statt und haben sich mit den Bereichen „Pflichtschule“, „junge Erwachsene als Quereinsteiger:innen“ sowie „Erwachsenenbildung“ beschäftigt. Bei allen drei Gruppen standen insbesondere die Aspekte Sprachförderung, Chancengerechtigkeit und Diskriminierung im Fokus, die den Ausgangspunkt für die gemeinsame Diskussion gebildet haben.

## Der Dialogprozess

Der Dialogprozess Migration in Wien hat Expert:innen der Arbeiterkammer Wien mit externen Stakeholdern aus Wissenschaft, Verwaltung und Praxis zusammengebracht, um Bedürfnisse und Lebensrealitäten von migrantischen und/oder rassistisch diskriminierten Personen in Wien in den Fokus zu nehmen. Mit den Teilnehmenden wurden einerseits aktuelle Herausforderungen und Problemlagen besprochen, aber auch Lösungsvorschläge und Potentiale für Veränderung erarbeitet.

Ziele waren die Vernetzung von relevanten Akteur:innen in einem vertraulichen Rahmen und die inhaltliche Entwicklung von Handlungsempfehlungen. Als erster dieser Art, hatte

der Dialogprozess zum Ziel eine Grundlage für die AK interne Auseinandersetzung zum Thema Migration zu bieten. Die Veröffentlichung der entstandenen Papiere ist nun ein Schritt den Prozess transparent zu machen und weitere Debatten anzustoßen. In insgesamt sechs Workshops zu den Themen Wohnen, Arbeit, Bildung, Demokratie, Gesundheit sowie öffentlicher Raum wurden Potenziale zur Verbesserung der sozialen, kulturellen und politischen Teilhabe von migrantischen und/oder rassistisch diskriminierten Wiener:innen auf kommunaler Ebene ausgelotet. Der Dialogprozess wurde vom Institut für Stadt und Regionalforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften wissenschaftlich begleitet. An sechs Terminen von Jänner bis März 2025 wurden in jedem der Workshops drei Fokusgruppen abgehalten und so insgesamt über 150 Expert:innen in verschiedenen Konstellationen zusammengebracht. Die Fokusgruppengespräche wurden transkribiert, thematisch ausgewertet und die Ergebnisse in sechs Impulspapieren zusammengefasst. Das vorliegende Papier ist die Dokumentation des Prozesses und der Diskussionen in den sechs Workshops.

## Arbeitsdefinition

Für den Dialogprozess lag der Fokus auf migrantischen und/oder rassistisch diskriminierten Personen, die in Wien leben. Die Definition wurde bewusst breit gewählt, um Fremdzuschreibungen nicht zu reproduzieren, die Heterogenität der Zielgruppe sichtbar zu machen und Diskriminierungserfahrungen in die Analyse miteinzubeziehen. Manche Ausschlüsse hängen eng mit der Staatsangehörigkeit und/oder bestimmten Aufenthaltstiteln zusammen, andere Ungleichbehandlungen im Alltag, Diskriminierung und Rassismus betreffen nicht nur migrantische Personen, sondern eine breitere Gruppe an Personen, die als vermeintlich ethnisch, religiös und kulturell „Andere“ betrachtet werden. Deswegen ist es sinnvoll, nicht ausschließlich auf Staatsangehörigkeit oder sogenannten Migrationshintergrund zu fokussieren, sondern (rassistische) Diskriminierung als sozial relevante Kategorie zu benennen. Gleichzeitig wurde in den Workshops, wenn nötig, eingegrenzt, um spezifische Herausforderungen in Bezug auf bestimmte Aufenthaltstitel und Lebensrealitäten beleuchten zu können.

## Ausgangslage

Wien ist historisch eine vielfältige Stadt, die als Hauptstadt eines Vielvölkerstaats in der Vergangenheit lange von Migration geprägt war und dies bis heute ist. Seit den 1990er Jahren ist Wien wieder eine stark wachsende Stadt und hat 2023 die Marke von zwei Millionen Einwohner:innen überschritten. Die aktuelle Stadtgesellschaft ist migrantisch, wie [Bevölkerungsstatistiken der Stadt Wien](#) zeigen: So hatten im Jahr 2024 35,4% der Wiener:innen eine ausländische Staatsangehörigkeit und 40,2% der Wiener:innen waren im Ausland geboren. Wenn diese zwei Kategorien zusammengefasst werden, haben 45,4% der Wiener:innen eine so genannte ausländische Herkunft, diese Zahl erhöht sich noch einmal auf 51%, wenn auch jene Personen dazugezählt werden, deren Eltern beide im Ausland geboren wurden. In fünf Bezirken - in Rudolfsheim-Fünfhaus, der Brigittenau, Favoriten, Margareten und Meidling – hat bereits mehr als die Hälfte der Wohnbevölkerung eine ausländische Herkunft. Die Wiener Bevölkerung ist mit 180 verschiedenen Staatsangehörigkeiten höchst divers, wobei die größten Gruppen 2024 serbische, türkische, deutsche, polnische und syrische Staatsangehörige waren. Ein Blick auf die Zusammensetzung der Wiener Bevölkerung nach Alter im [Integrations- und](#)

[Diversitätsmonitor der Stadt Wien 2023](#), macht zudem deutlich, dass sich der Migrationsbezug der Wiener Gesellschaft in Zukunft noch erhöhen wird: Von den heutigen Kindern unter 10 Jahren haben rund 75% Migrationsbezug, dh. sie besitzen nicht die österreichische Staatsbürger:innenschaft, wurden im Ausland geboren, oder einer bzw. beide ihrer Elternteile ist im Ausland auf die Welt gekommen. Wien ist durch Zuzug das einzige Bundesland, dass sich verjüngt hat und ist seit 2015 das jüngste Bundesland Österreichs, wie die [Entwicklung der Wiener Bevölkerung seit 1961](#) zeigt.

Migrantische und/oder rassistisch diskriminierte Personen sind auch unerlässlich für den Arbeits- und Wirtschaftsstandort Wien. Laut einer [Studie zur wirtschaftlichen Bedeutung von Zuwanderung auf den Wiener Wirtschafts- und Arbeitsmarkt](#) haben 43% der Erwerbstätigen in Wien einen sogenannten Migrationshintergrund und laut [Integrations- und Diversitätsmonitor der Stadt Wien](#) wird nahezu die Hälfte der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit von Wiener:innen mit ausländischer Herkunft geleistet. Hierbei gibt es jedoch bedeutsame Unterschiede je nach Herkunft, Aufenthaltsdauer, Bildungsstatus und Geschlecht. Wiener:innen mit Herkunft aus einem Drittstaat sind öfter von instabiler Beschäftigung, sozial ungünstigen Arbeitszeiten, niedriger Nettoentlohnung und Dequalifizierung betroffen. Dies zeigt sich auch in Bezug auf Branchen und Beschäftigungsverhältnisse: So hatten im Jahr 2023 83% der in Wien tätigen Hilfskräfte eine ausländische Herkunft, aber nur 11,4% der städtischen Bediensteten eine nicht österreichische Staatsbürger:innenschaft. [Zahlen aus 2022](#) zeigen, dass rund 71% der Menschen, die die Straßen und Gebäude Wiens reinigen, 60% derer, die sich um die Instandhaltung der Wohnhäuser kümmern und 57% derer, die als Arbeiter:innen in der Baubranche tätig waren, nicht die österreichische Staatsangehörigkeit hatten und demnach nicht wählen durften. Ebenso sind knapp über 50% der Arbeitnehmer:innen in den Bereichen Gastronomie, Tourismus und Reinigung vom Wahlrecht ausgeschlossen, obwohl sie einen essentiellen Beitrag zum Funktionieren dieser Stadt leisten. Auch Rassismus und Diskriminierung spielen eine erhebliche Rolle in der heutigen Arbeitswelt und beeinflussen die Erwerbsbiographien und das Leben in der Stadt von migrantischen und/oder rassistisch diskriminierten Wiener:innen.

Die Arbeiterkammer Wien ist die Vertretung aller Arbeiter:innen und Angestellten in Wien und somit auch die Vertretung vieler in Wien lebender Migrant:innen. Viele Herausforderungen und Probleme der Arbeitswelt und des Alltags sind für alle Arbeitnehmer:innen, ob mit oder ohne Migrationsbezug, dieselben. Dennoch gibt es auch Aspekte, die für migrantische und/oder rassistisch diskriminierte Menschen besonders herausfordernd sind. Es liegt im Interesse der Arbeiterkammer, die spezifischen Bedürfnisse und Problemlagen von Migrant:innen aufzugreifen, ernst zu nehmen und diese gezielt in ihre Arbeit als Interessensvertretung einzubeziehen. Der Dialogprozess Migration in Wien ist ein wichtiger Schritt, um sich die Situation von in Wien lebenden Migrant:innen in einem strukturierten Austauschprozess gezielt anzusehen, Maßnahmen für die interessenspolitische Positionierung der Arbeiterkammer Wien zu entwickeln, die eigene Position als Vertretung von migrantisch geprägten Arbeitnehmer:innen zu reflektieren und die Teilhabe von Migrant:innen zu stärken.

## Handhabung der Impulspapiere

Für jeden der sechs Themenbereiche Wohnen, Arbeit, Bildung, Demokratie, Gesundheit sowie öffentlicher Raum wurde ein eigenes Impulspapier erstellt. Diese stehen jeweils für sich, können aber auch zusammen gelesen werden und bedingen einander oft. So kann z.B. prekäres Wohnen und Arbeiten schwer getrennt gedacht werden und wirft oft auch Fragen der Gesundheit auf. Die Impulspapiere sind jeweils in Unterthemen gegliedert und beschreiben zuerst die Herausforderungen des jeweiligen Themenbereichs. Hier finden sich auch anonymisierte Zitate der Expert:innen aus den Fokusgruppen. Darauf folgen themenrelevante Beschlusslagen der Arbeiterkammer Wien und anschließend Handlungsempfehlungen, die in den Fokusgruppen mit den Expert:innen entwickelt wurden.

Im Folgenden werden die wichtigsten aktuellen Herausforderungen für den Bereich Pflichtschule und gebündelt für junge Erwachsene & Erwachsenenbildung gemeinsam vorgestellt, wie sie in den Fokusgruppen besprochen wurden. Bei jedem Punkt finden sich spezifische Handlungsempfehlungen, für die in den Fokusgruppen von den Expert:innen Maßnahmen und Veränderungen erarbeitet wurden.

# Pflichtschule

## 1) Herausforderungen

### Fehlende Ressourcen

Der Ressourcenmangel, der von den Teilnehmenden der Fokusgruppen wiederholt angesprochen wurde, zieht sich wie ein roter Faden durch den gesamten Pflichtschulbereich und wirkt sich auf vielfältige Weise negativ aus. Dabei wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass das System seine Belastungsgrenzen erreicht, gleichzeitig aber weiterhin erwartet wird, dass es seine volle Leistungsfähigkeit beibehält und integrationspolitische Aufgaben erfüllt. Klassen an ihrer Kapazitätsgrenze, überlastetes pädagogisches Personal, zu wenig Ressourcen für sonderpädagogische Förderung, Erstsprachenunterricht, oder psychosoziale Begleitung durch multiprofessionelle Teams erschweren die gezielte sprachliche Förderung und individuelle Unterstützung aller Schüler:innen. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass das System weder flexibel genug auf neue Anforderungen reagieren noch passgenaue Lösungen für komplexe Problemlagen bieten kann. Unter diesen Rahmenbedingungen kann Schule aus Sicht der Expert:innen Ungleichheiten nicht ausgleichen, sondern reproduziert bestehende Benachteiligungen und zementiert die Tatsache, dass Bildung in Österreich nach wie vor vom Elternhaus abhängt. Besonders betroffen sind davon neu zugezogene Kinder, deren Erstsprache nicht Deutsch ist sowie Kinder mit besonderem Förderbedarf.



*Wir können nicht in einem Schulsystem verweilen, das fast kollabiert, irgendwie total unflexibel ist und aber gleichzeitig diese vielen gesellschaftlichen Veränderungen irgendwie unter einen Hut bringen soll. Das geht sich nicht aus.*

### Demographische Entwicklungen

Die demographische Entwicklung in Wien zeigt ein deutliches Bevölkerungswachstum, das vor allem durch Migration bedingt ist. Wien ist dabei das einzige Bundesland, das nicht nur wächst, sondern sich auch verjüngt hat. Besonders im Pflichtschulbereich ist ein starker Anstieg von Kindern mit Migrationsbezug zu verzeichnen. Die Expert:innen nannten die gestiegene Zahl an Kindern mit Erstsprachenförderbedarf, aber auch die gestiegene Zahl an Kindern mit Förderbedarf im Bereich Deutsch, als zentrale Herausforderung. Gleichzeitig wurde kritisiert, dass diese Herausforderungen und der demographische Wandel häufig durch eine defizitorientierte Brille gesehen werden. Kinder, mit anderer Erstsprache als Deutsch, werden auf ihre Deutschkompetenzen reduziert und in politischen und medialen Diskursen oft primär als Herausforderung oder Problem dargestellt. Wie in den Workshops von den Expert:innen hervorgehoben wurde, ist Bevölkerungswachstum durch Migration in Städten eine Notwendigkeit, um der zunehmenden Alterung der Gesellschaft entgegenzuwirken. Es ist aber auch eine bildungspolitische Chance, da dies wertvolle Ressourcen für interkulturelles Lernen aktivieren und Investitionen und Innovationen in den Bildungsbereich anstoßen kann.



*Ich meine, die Herausforderungen sind natürlich gewaltig. Der Lehrermangel und gleichzeitig einen Zuwachs an Schüler:innen, eine enorme Herausforderung. Und ich glaube, dass man übersieht, dass wirklich das ganze System in einer Krise steckt. Und es ist ein Berg. Und es ist ein gewaltiger Berg.*

## Demokratiepolitische Defizite und Wahlrechtsausschluss

Im Schuljahr 2023/2024 hatten laut [Daten der Statistik Austria](#) 42,2% der Schüler:innen in Wiener Volksschulen und 53% der Schüler:innen an Mittelschulen keine österreichische Staatsangehörigkeit. Nahezu die Hälfte der Kinder im Pflichtschulbereich hat somit entweder selbst keine österreichische Staatsangehörigkeit und wird daher vom Wahlrecht ausgeschlossen sein bzw. hat Eltern, die nicht wählen dürfen. Wie



*Wir sprechen nicht von einer kleinen Gruppe, wir haben jetzt schon 40 Prozent Kinder, die nicht wählen werden dürfen. Wenn die dann Erwachsene sind und sich alle nicht als Teil des Systems sehen, dann haben wir ein riesen Problem. Und da geht es meiner Meinung nach jetzt nicht immer nur ums Wählen. Also einerseits ist das Wahlrecht, finde ich, ein Thema. Andererseits ist es auch das Demokratieverständnis im Bildungssystem.*

in den Workshops angesprochen wurde, führt das auf bundespolitischer Ebene sowohl dazu, dass Wien als Bundesland, aber auch jüngere Menschen im Vergleich zu älteren Menschen unterrepräsentiert sind. Denn es gibt immer mehr (junge) erwachsene Wiener:innen, die aufgrund ausländischer Staatsbürger:innenschaft nicht in Österreich wahlberechtigt sind. Wie die Teilnehmenden der Workshops betonten, birgt dieses demokratiepolitische Defizit auch langfristig Risiken, etwa in Form von Entfremdungsprozessen und potenziellen Radikalisierungstendenzen, wenn jungen Menschen dauerhaft das Gefühl vermittelt wird, dass sie in der Gesellschaft keine Stimme haben.



*Ich habe jetzt vor kurzem wo gelesen, ich weiß jetzt nicht mehr wo, aber das habe ich dann recht spannend gefunden. Für die jetzige Wahl waren es rund minus 24.000 wahlberechtigte Wienerinnen, aber dafür 130.000 neue Wienerinnen.*

## Segregation im Pflichtschulbereich

Wie in den Workshops deutlich wurde, wird Chancengerechtigkeit im österreichischen Pflichtschulsystem nicht nur durch mangelnde Ressourcen, sondern auch durch Segregation beeinträchtigt. Segregative Strukturen beginnen bereits im elementarpädagogischen Bereich und ziehen sich durch das gesamte Bildungssystem. Ein



*Das Schulsystem, wie wir es in Österreich haben, das ist vielen zugewanderten Personen gar nicht bekannt. Und ich glaube, da muss man ganz viel investieren und das erklären. Weil auch die Kinder, die hier aufwachsen, machen nicht alle die Matura. Natürlich gibt es einen Trend, dass wir uns alle höher bilden und das soll auch allen offenstehen, aber die 13- und 14-Jährigen, die wollen immer nur in die HAK oder die HTL und es gibt nicht nur diese zwei Optionen.*

weiterer Faktor, der zur Segregation beitragen kann, ist das Verhalten privilegierter Eltern, die ihre Kinder häufiger in Privatschulen anmelden oder gezielt Schulstandorte wählen, die mit informellen Anmeldelisten arbeiten. Der Zugang zu solchen Listen erfolgt meist über informelle Informationsnetzwerke zwischen Eltern und setzt ein gewisses Maß an Wissen und sozialem Kapital voraus. Dadurch kann es dazu kommen, dass sich auch innerhalb öffentlicher Schulen soziale und ethnische Trennlinien reproduzieren und Kinder aus privilegierten, häufig weißen Familien verstärkt in bestimmten Klassen konzentriert sind. Besonders einschneidend aber

wirkt sich die frühe Trennung der Schüler:innen nach der Volksschule in Gymnasium und Neue Mittelschule (NMS) aus. Wie die Expert:innen kritisch anmerkten, beginnen vor allem viele Kinder, deren Erstsprache nicht Deutsch ist, ihre Bildungskarriere mit dem Erleben, nicht gut genug zu sein und erfahren soziale, sprachliche und strukturelle Benachteiligung. Diese Segregation wirkt sich auf vielfältige Weise auf öffentliche Volksschulen aus: So gibt es deutliche Unterschiede zwischen einzelnen Schulstandorten in Bezug auf die Diversität der Schüler:innen und Ressourcenausstattung, was unter anderem mit dem

uneinheitlichen Angebot von Halbtags-, Ganztags- und Offenen Volksschulen zusammenhängt. In der Praxis bedeutet dies, dass der Zugang zu kostenlosen Ganztagesangeboten stark von der Berufstätigkeit beider Eltern abhängig ist. Dasselbe



*Da gibt es dann ein Leuchtturmprojekt und dann hab ich wie durch ein Wunder lauter Ummeldungen und in diese Schule gehen wieder nur privilegierte Kinder, obwohl die Schule im 20. Bezirk ist und die Gegend divers ist und vier Jahre später, nach der Volksschule, haben alle diese Kinder eine neue Adresse.*

trifft auf Hortplätze zu, die teuer und in der Vergabe bei städtischen Einrichtungen ebenfalls von der Berufstätigkeit beider Eltern abhängig sind. Das führt dazu, dass vor allem Kinder von neu zugezogenen Drittstaatsangehörigen sich häufig nicht in Ganztagsystemen befinden. Auch an einzelnen Standorten kommt es zu innerschulischer Segregation, wie die Expert:innen kritisch anmerkten, etwa durch die Bildung von

Mehrstufenklassen, bilingualen Klassen oder Schulversuchen, in denen der Anteil an Kindern mit Deutsch als Erstsprache oft deutlich höher ist, als in anderen Klassen an denselben Standorten. Für die Navigation durch dieses komplizierte System, brauchen Eltern viel Systemwissen, das insbesondere jenen fehlt, die selber keine Erfahrungen mit dem österreichischen Schulsystem gemacht haben. Das betrifft laut [Integrationsmonitor 2023](#) aktuell rund ein Drittel der Haushalte mit schulpflichtigen Kindern unter 15 Jahren.

### Monolinguales Bildungssystem und fehlende Mehrsprachigkeit

Das österreichische Bildungssystem wurde von den Expert:innen mehrmals als *monolinguales* System bezeichnet, um herauszustreichen, dass in der Regel der Fokus auf der Förderung von Deutsch als Unterrichtssprache liegt, während andere Erstsprachen marginalisiert werden. Auch bei Fremdsprachen gibt es eine eindeutige Sprachhierarchisierung: Bestimmte, international anerkannte Sprachen wie Englisch oder Französisch werden als wertvolle Ressource betrachtet, während die Herkunftssprachen vieler mehrsprachiger Kinder, etwa Arabisch, Dari/Farsi, oder Türkisch, wenig Anerkennung finden. Wie die Teilnehmenden des Workshops betonten, mangelt es an systematischen Maßnahmen zur Förderung der Mehrsprachigkeit von Schüler:innen, trotz der zunehmenden sprachlichen Vielfalt im Klassenzimmer. Das heißt es fehlen gezielte Programme, personelle und finanzielle Ressourcen und strukturelle Verankerungen in der Schulstandortentwicklung. Eine durchgängige sprachliche Bildung, die den gesamten Bildungsweg begleitet und auch die Mehrsprachigkeit der Schüler:innen als Ressource versteht, ist aktuell nicht überall gleich gewährleistet. Kinder mit anderen Erstsprachen als der Schulsprache werden aus Sicht der Expert:innen in so einem System als "sprachlich benachteiligt" angesehen, anstatt dass ihre Mehrsprachigkeit als Potenzial und Ressource anerkannt wird. Dies führt dazu, dass sprachliche Kompetenzen ungenutzt bleiben und sprachliche Vielfalt im Bildungssystem eher als Hindernis denn als Bereicherung wahrgenommen wird.



*Ich finde, man muss das mal andersherum betrachten. Sprachenrechte sind Menschenrechte und in unserem Fall sind das Kinderrechte. Wir haben alle eine Verpflichtung dazu, diese Rechte anzuerkennen und zu fördern.*

## Segregation durch Deutschförderklassen und MIKA-D



*Bei der Ukraine ist es ganz stark aufgefallen, die kommen aus einem funktionierenden Schulsystem, mit guten Noten. Die einzige Hürde ist Deutsch. Und bei uns kommen sie in Deutschförderklassen und werden zwei Jahre am weiter aufsteigen gehindert. Wir haben ja in den Schulen so viele Kinder, die zum Teil in der zweiten Klasse Mittelschule ihr neuntes Schuljahr haben. Das heißt die sind 15 und sitzen in der zweiten Klasse Mittelschule. Die werden dann ausgeschult und haben keinen Pflichtschulabschluss. Ich spreche da aktuell schon von so 10.000 Kindern, die im System sind und die schwer, oder gar keinen Abschluss schaffen werden, also da müssen wir uns wirklich was überlegen.*

Segregation aufgrund von Sprachkenntnissen zeigt sich im Pflichtschulsystem auch deutlich durch das System der Deutschförderklassen und die Anwendung des MIKA-D (Messinstrument zur Kompetenzanalyse – Deutsch), ein Testverfahren zur Sprachstandserhebung, das

von Expert:innen unisono als untaugliches Mittel zur Sprachstandserhebung kritisiert wurde. Anstatt Sprachförderung integrativ im Regelunterricht zu gestalten, werden Kinder, die den MIKA-D nicht bestehen, in eigene Deutschförderklassen ausgegliedert, wenn ihre Deutschkenntnisse ungenügend sind, bzw. einem Deutschförderkurs zugeteilt, wenn ihre Deutschkenntnisse mangelhaft sind. Diese Trennung kann bis zu vier Semester bestehen, führt mitunter zum Verlust von Schuljahren, einer nicht altersgerechten Einstufung und kann soziale und sprachliche Ausgrenzung verstärken.

## Prekäre Personalsituation und fehlende Diversität im Lehrer:innenzimmer

Wie im Workshop betont wurde, kann das Thema Ressourcen nicht entkoppelt vom bereits bestehenden Personalmangel im Pflichtschulbereich betrachtet werden. Die Teilnehmer:innen betonen, dass selbst wenn zusätzliche Ressourcen vorhanden wären, es aktuell nicht das Personal gäbe, um diesen Bedarf zu decken, oder zusätzliche Stellen zu besetzen. Besonders betroffen sind spezialisierte Bereiche, wie der Erstsprachenunterricht, sonderpädagogische Förderung sowie die Sprachbildung. Neben Lehrer:innen, ist es aus Sicht der Expert:innen zudem wichtig, andere spezialisierte Berufe an die Schulen zu bringen, wie Schulsozialarbeit, oder psychologische Beratung, um Lehrer:innen im Schulalltag gezielt zu entlasten. Wie in den Workshops besprochen wurde, braucht es hier zusätzliche Ressourcen, um multiprofessionelle Teams auszubauen. Mehrsprachige Lehrkräfte und solche mit eigener Migrationsbiographie sind zudem aktuell deutlich unterrepräsentiert, was zu einem Mangel an Diversität in den Lehrer:innenzimmern führt. Die Thematik wird zusätzlich dadurch verschärft, dass für potenzielle mehrsprachige Lehrkräfte aus Drittstaaten hohe strukturelle Hürden aufgrund langwieriger Nostrifizierungsverfahren bestehen, die sie von der Ausübung ihres Berufes abhalten. Die Expert:innen wiesen auch darauf hin, dass sich die tendenziell homogene Zusammensetzung des pädagogischen Personals nachteilig auf Bildungsgerechtigkeit und die interkulturelle Öffnung der Schulen auswirken kann. Ein Mangel an Diversität im Kollegium erschwert es, die vielfältigen Lebensrealitäten der Schüler:innen angemessen zu repräsentieren und Identifikationsmöglichkeiten zu schaffen. Dies erschwert auch die Umsetzung einer diskriminierungssensiblen und sprachlich vielfältigen Bildungsarbeit.



*Stichwort Ressourcenbedarf. Ich glaube, dass wir da einen anderen Zugang brauchen, dass wir individuell auf die kids eingehen müssen. Aber da ist natürlich der Lehrer:innenmangel ein großes Problem, weil ein besserer Betreuungsschlüssel so ja gar nicht möglich ist.*



*Wenn ich ins Lehrerzimmer schau und da ist niemand, mit dem ich mich identifizieren kann, dann ist das problematisch... es gibt hier einen großen Widerspruch zwischen dem, wie ein Klassenzimmer aussieht und dem, wie es Lehrerzimmer aussieht.*



## Strukturelle Lücken in der Lehrer:innen Aus- und Weiterbildung: Deutsch als Zweit- und Fremdsprache (DaZ/DaF) und inklusive Bildung

In der Aus- und Weiterbildung von Lehrer:innen in Österreich, sowohl an den Pädagogischen Hochschulen als auch an den Universitäten, sind aus Sicht der Diskutant:innen zentrale Themen wie Deutsch als Zweit- und Fremdsprache (DaZ/DaF), inklusive und sprachensible Bildung sowie kultursensible Pädagogik bislang nur unzureichend verankert, da es sich überwiegend um keine Pflicht-, sondern lediglich Wahlmodule im allgemeinen Lehramtsstudium handelt. Angesichts der Diversität der Schüler:innen und der wachsenden Zahl von Schüler:innen mit Förderbedarf im Bereich Deutsch, ist dies ein gravierendes Defizit, wie von den Expert:innen betont wurde. Der Umgang mit sprachlicher und kultureller Vielfalt sowie klare anti-rassistische Haltung betrifft alle Lehrkräfte und erfordert entsprechende fachliche und didaktische Kompetenzen, die sowohl in der Grundausbildung, aber auch in speziellen Fortbildungsprogrammen geschult werden sollten. Auch fehlt es laut den Expert:innen in der Praxis wie in der Ausbildung vielfach an kultursensibler Haltung sowie am Bewusstsein für diskriminierende Strukturen. Diversität wird als Querschnittsmaterie noch zu wenig berücksichtigt und wichtige Themen wie Rassismus, Diskriminierung und bestehende Machthierarchien sind weitgehend Randthemen, obwohl sie für das professionelle Handeln im Schulalltag zentral sind.



*Das Problem ist ja auch, finde ich, dass die meisten gar nicht einmal einschätzen können, was überhaupt rassistisch ist... und dann oft wird es dann klar, okay, das sind Erfahrungen, die Schüler:innen machen, im Schulkontext... Rassismus passiert auch, wenn es darum geht, dass Sprachen unterschiedliche Wertungen haben... Wo es dann nicht unbedingt darum geht, dass andere Schülerinnen zu ihnen irgendwie unfair sind oder so, wobei es das natürlich auch gibt, aber das ist schon so, dass das Schulsystem, dass die Lehrkräfte in dem Schulsystem, das administrative Personal, da viel dazu beiträgt. Und ich glaube, eben, die Personen, die sind vielleicht nicht unbedingt selbst betroffen, aber sie müssen trotzdem das Wissen haben, wie gehe ich denn überhaupt mit den Personen um, die selbst betroffen sind, weil ganz oft ist es so, dass die gar nicht das Werkzeug haben, weil es in der Lehrerinnenausbildung keinen Platz hat.*

## Träge Strukturen und fehlender Raum für Innovation



*Wir müssen uns fragen, wie funktioniert lernen heute überhaupt? Und welche Ressourcen braucht es dafür? Das System Schule an sich, wie wir es leben, ist veraltet. Wir müssen Schule so gestalten, dass es Selbstermächtigend ist, dass ich mich traue, Fragen zu stellen, also dass wir lernen, begleiten können ... Dafür bräuchte es viel mehr Offenheit, viel mehr Flexibilität.*

Das österreichische Bildungssystem wurde von den Teilnehmenden als schwerfällig und reformresistent beschrieben. In den Workshops wurde insbesondere kritisiert, dass der Bildungsbereich zu stark politisiert ist, was vor allem anhand der politischen Auseinandersetzungen rund um die Themen Gesamtschule oder Ganztageschule deutlich wird. Während sich Expert:innen in vielen Bereichen einig sind, passieren Reformen gar nicht, oder nur sehr langsam, obwohl viele konkrete Vorschläge schon lange auf dem Tisch liegen. Das ist ermüdend und schränkt den Spielraum für pädagogische Experimente und die Entwicklung alternativer Konzepte ein, wie die Teilnehmer:innen betonen. Schulversuche, die innovative Ideen umsetzen, bleiben meist singulär und sind teilweise zeitlich begrenzt, führen also nicht zu grundlegenden strukturellen Veränderungen, sondern kommen meist nur wenigen Schüler:innen zu Gute. Auch der physische Raum sollte dabei mitbedacht werden, wie manche Teilnehmenden



*Ich finde, das passiert ganz oft, dass wahnsinnig viel geredet wird, aber die Umsetzung, die ist dann meistens irrsinnig schwerfällig, weil halt das Bildungssystem einfach schwerfällig ist.*

der Workshops angesprochen haben, da die räumliche Lernumgebung erheblichen Einfluss auf Lernerfolge, Teilhabe und Inklusion haben kann. Sie ist auch mit entscheidend dafür, ob zeitgemäße Lernformen wie kollaboratives Arbeiten, individueller Austausch oder selbstbestimmtes Lernen überhaupt ermöglicht und pädagogisch wirksam umgesetzt werden können. Jedoch ist nach Ansicht der Diskutant:innen die Schulautonomie hier in der Praxis stark eingeschränkt und Mitsprache von pädagogischen Personal, oder gar Schüler:innen in der Gestaltung der strukturellen Rahmenbedingungen ist de facto nicht vorhanden.

### **Elternarbeit und Zusammenarbeit**

Die Zusammenarbeit mit Eltern wird in den Workshops als ein zentraler, aber häufig vernachlässigter Bereich schulischer Bildungsarbeit angesprochen. Oft wird Elternarbeit auf formale Informationsweitergabe reduziert, ohne die Perspektiven, Erfahrungen und Ressourcen der Eltern zu berücksichtigen. Sprachliche Barrieren, fehlendes institutionelles Vertrauen sowie ein oft defizitär geprägter Blick auf Familien mit geringen Deutschkenntnissen erschweren den Aufbau tragfähiger Beziehungen und können zu Diskriminierung und Ausgrenzung führen. Hier braucht es aus Sicht der Teilnehmer:innen der Workshops einerseits mehr Ressourcen, andererseits innovative Ansätze, um Eltern vermehrt im schulischen Kontext einzubinden und Begegnungen zu ermöglichen, aber auch Brücken zur Erwachsenenbildung durch Kooperationen und gemeinsame Konzepte herzustellen. Als zentral beurteilten Sie dabei auch, dass Bildung nicht abgetrennt von anderen Themen betrachtet wird: insbesondere in der Elternarbeit müssen sozioökonomische Lebensrealitäten und Fragen der Teilhabe mitgedacht werden.

### 3) Handlungsempfehlungen

## 01

#### **Mehr Ressourcen ins Klassenzimmer: Chancengerechtigkeit durch kindzentrierte Förderung**

Einhelliger Konsens der Teilnehmer:innen ist, dass Ressourcen zielgerichtet und sozial gerecht verteilt werden sollen, sodass sie direkt in den Klassenzimmern und bei Schüler:innen mit Förderbedarf ankommen. Gemäß einem Chancenindex soll im Zentrum der Abbau struktureller Ungleichheiten stehen, insbesondere für Schüler:innen, deren Erstsprache nicht Deutsch ist, oder die aus sozio-ökonomisch benachteiligten Familien kommen. Ein zentraler Hebel ist die gezielte Reduktion der Klassengrößen, sodass individueller gefördert, auf unterschiedliche Lernvoraussetzungen eingegangen und das soziale Miteinander gestärkt werden kann. Lehrpersonen erhalten so mehr Spielraum für differenzierte Unterrichtsformen und persönliche Begleitung. Dabei sollte die Orientierung weg von Defiziten gehen, hin zu „Stärken stärken“ und einem Positivklima an Schulen, das alle Kompetenzen der Schüler:innen anerkennt und wertschätzt. Dafür braucht es aus Sicht der Expert:innen gezielte Fördermaßnahmen, wie zusätzliche Angebote in Kleingruppen (zB. Sprachförderung, Hausaufgabenhilfe), einen Ausbau multiprofessioneller Teams und Angebote des Teamteachings. Ebenso sollte Schule durch Angebote wie kostenfreie Jause, ein warmes Mittagessen am Schulstandort, oder den kostenlosen Zugang zu Lernmaterialien sozio-ökonomische Ungleichheiten auszugleichen suchen.

## 02

#### **Wiener Bildungspass zur Stärkung der Schnittstellen**

Ein konkreter Vorschlag der Expert:innenrunde ist die Einführung eines Bildungspasses, der Übergänge begleitet und zentrale Kompetenzen von Kindern in Form eines Bildungsportfolios festhält. Der *Wiener Bildungspass* soll als kontinuierliches Begleitdokument fungieren, das individuelle Entwicklungsverläufe sichtbar macht und Nahtstellen, etwa zwischen Kindergarten und Volksschule, Schule und Freizeitpädagogik, Volksschule und Unterstufe, besser unterstützt. Damit bereits im Bereich der Elementarpädagogik ein guter Einstieg in das Bildungssystem gelingt, muss nach Einschätzung der Teilnehmer:innen der Beruf der Elementarpädagogik aufgewertet werden. Das umfasst eine Professionalisierung der Ausbildungen, bessere Bezahlung, niedrigere Betreuungsschlüssel und die Anerkennung von Mehrsprachigkeit und ganzheitlicher Sprachförderung. Ebenso betonen die Teilnehmenden die Bedeutung der Freizeitpädagogik, die nachhaltig aufgewertet werden muss, da ihr eine zentrale Rolle als Brückenbauerin zwischen Familien und Schulen zukommt.

## 03

### Öffentlicher Diskurs Neu: Gezielte Öffentlichkeitsarbeit zu demographischen Entwicklungen und sprachlich-kultureller Vielfalt in Wien

Schüler:innen mit Migrationsbezug sind Teil und Zukunft dieser Stadt und prägen Wiens gesellschaftliche Realität maßgeblich mit. Umso wichtiger ist den Expert:innen eine bewusste Neuausrichtung des öffentlichen Diskurses: Weg vom Defizitblick hin zu einem anerkennenden Zugang, der Vielfalt als Stärke begreift. Als konkreten Vorschlag nennen die Teilnehmer:innen eine gezielte Kampagne der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit anderen Stakeholdern, die die Leistungen von Schüler:innen mit Migrationsbezug sichtbar machen, Sprachenrechte als Kinderrechte vermittelt, ein inklusives Wir-Gefühl stärkt („Mehr Sprachen = mehr Wir“) und die Leistungen von Migrant:innen wertschätzt. Insgesamt sollten Medienarbeit und Öffentlichkeitsarbeit die Realität einer stark wachsenden und sich verjüngenden Metropole abbilden, mit all ihrer sprachlichen und kulturellen Vielfalt. Diese Bewusstseinsbildung greift oft spürbare Unsicherheiten in der Bevölkerung auf und bearbeitet diese durch wertschätzende, auf Teilhabe orientierte Narrative konstruktiv. Die Stadt Wien hat in den Augen der Diskussionsrunde eine zentrale Verantwortung und zugleich die Chance, ein Vorbild für eine zukunftsfähige, solidarische Stadtgesellschaft zu sein.

## 04

### Demokratische Teilhabe von Anfang an ermöglichen – Wahlrecht und Mitbestimmung stärken

Die Stärkung der politischen Rechte von Schüler:innen zeigt sich in der Fokusgruppe als entscheidender Ansatzpunkt für künftige Maßnahmen. Laut den Expert:innen ist es bildungspolitisch notwendig, für eine Öffnung und Liberalisierung des österreichischen Staatsbürger:innenschaftsrechts einzutreten. Parallel dazu muss Demokratiebildung an Schulen umfassend ausgebaut werden, z.B. durch verbindliche Schüler:innenparlamente, die Umsetzung demokratiepädagogischer Konzepte und partizipativer Unterrichtsformen. Schulen sollten zudem aktiv ins sozialräumliche Umfeld von Standorten einbezogen werden, etwa über Grätzl-Mitgestaltungsprojekte, um Mitbestimmung auch im Stadtteil erlebbar zu machen. Teilhabe, Mitbestimmung und demokratisches Handeln brauchen schon im Schulalltag eine Verankerung als gelebte Realität strukturell, um so früh wie möglich verinnerlicht werden zu können.

## 05

### Gemeinsame Schule der 6-14-Jährigen einführen

Um Bildungsungleichheit wirksam zu reduzieren, ist die Einführung einer Gesamtschule für alle Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren ein zentraler Schritt, der von den Expert:innen empfohlen wurde. Eine gemeinsame, ganztägige Schulform bietet einen Rahmen, um Chancengleichheit systematisch zu verbessern. Sie ermöglicht eine gezielte individuelle

Förderung durch längere Lernzeiten, unterstützt den Spracherwerb besonders bei Kindern mit nichtdeutscher Erstsprache und entlastet Familien durch verlässliche Betreuungszeiten. In heterogen zusammengesetzten Lerngruppen entwickeln Kinder soziale Kompetenzen im Alltag, lernen mit Unterschieden umzugehen und bauen Vorurteile ab. So leistet die Ganztagschule einen konkreten Beitrag zu sozialem Zusammenhalt, demokratischer Bildung und gleichberechtigter Teilhabe, soll jedoch als gemeinsame Schule, statt gleichmachen durch Schule verstanden werden.

## 06 **Ganztagesbetreuung für alle Kinder ermöglichen und innerschulischer Segregation begegnen**

Ein wesentlicher Ansatzpunkt aus Sicht der Diskutant:innen ist die Zuteilung zu Schulstandorten, die nicht allein nach Wohnort, sondern auch nach sozioökonomischen und sprachlichen Kriterien erfolgen müsste, um soziale Durchmischung aktiv zu fördern. Ganztagschulen und Nachmittagsbetreuung müssen für alle Kinder offen und öffentlich finanziert sein, unabhängig von der Erwerbstätigkeit der Eltern. Auch innerschulisch empfehlen die Expert:innen, Segregation durch durchlässige Lernformen, Teamteaching, heterogene Lerngruppen und eine bewusste Durchmischung der Schüler:innen aktiv zu vermeiden. Zusätzlich braucht es eine bedarfsgerechte Ressourcenzuteilung an Schulen nach einem Chancenindex, um besonders herausgeforderte Standorte gezielt zu stärken und strukturelle Benachteiligung abzubauen (siehe Punkt 1).

## 07 **Mehrsprachigkeit fördern und Sprachrechte als Kinderrechte im Pflichtschulbereich verankern**

Sprachliche Vielfalt ist Teil der Identitäten zahlreicher Kinder in Wien und Österreich, weshalb die Expert:innen ihre Verankerung als grundlegendes Kinderrecht im Bildungssystem anregen. Das österreichische Pflichtschulsystem soll sich weg von dem aktuell vorherrschenden Monolingualismus, hin zu Anerkennung und gezielter Förderung von Mehrsprachigkeit entwickeln. Um Sprachenhierarchien und Diskriminierung entgegenzuwirken, muss aus Sicht der Teilnehmer:innen der Sprachenkanon an Schulen für die zweite lebende Fremdsprache erweitert werden. Mehrsprachigkeit solle aber auch im Regelunterricht sichtbar gemacht und der Erstsprachenunterricht strukturell und personell ausgebaut werden. Mehrsprachige Bildungsangebote, wie die *Baobab-Bücherei der Weltsprachen* sollen dafür flächendeckend ausgerollt werden. Als zentralen Baustein für die Umsetzung nennen die Diskutant:innen die verbindliche und ausfinanzierte Etablierung von Sprachbildungskoordinator:innen an allen Schulstandorten. Sie sichern die Qualität sprachsensiblen Unterrichts, koordinieren Fördermaßnahmen und stärken eine mehrsprachigkeitsorientierte Schulkultur.

## 08

## Alternatives Deutschfördersystem: Abschaffung der Deutschförderklassen und des MIKA-D

Große Einigkeit unter den Teilnehmer:innen besteht dahingehend, dass die derzeitige Praxis der Deutschförderklassen zu sozialer Ausgrenzung und pädagogischer Isolation führt. Statt segregierender Modelle empfehlen sie eine inklusive, durchgängige und qualitativ hochwertige Sprachbildung von der Elementarpädagogik bis zur Universität, mit besonderem Fokus auf allgemeinbildende Pflichtschulen. Die Expert:innen haben sich einstimmig dafür ausgesprochen, die Deutschförderklassen und den MIKA-D abzuschaffen und ein alternatives System der Deutschförderung und der Sprachstandserhebung einzuführen. Kinder mit erhöhten Förderbedarf in Deutsch sollen nicht mehr in separaten Klassen geführt werden, sondern Deutschförderung soll vermehrt in den Regelunterricht integriert und mit fachlichem Lernen sowie Mehrsprachigkeitskompetenz verbunden werden. Orientierungsklassen für Quereinsteiger:innen sind als zeitlich klar begrenzte und zielgerichtete Maßnahme aus Sicht der Expert:innen eine sinnvolle Struktur, wenn ein rascher Übergang in reguläre Klassen erfolgt. Hinsichtlich der Kompetenzenüberprüfung empfehlen sie jedoch eine alternative, ressourcenorientierte Sprachstandserhebung, die sprachliche Entwicklung ganzheitlich zu erfassen vermag, ohne stigmatisierend zu wirken. Zudem muss die Schulautonomie im Bereich DaF/DaZ gestärkt werden. Nicht zuletzt betonen die Expert:innen die Einführung von Qualitätskriterien für die Sprachförderung als essenziell, um sicherzustellen, dass Sprachbildung nicht nur als isolierte Maßnahme, sondern als Querschnittsaufgabe verstanden wird, die entsprechend finanziell, personell und didaktisch verankert werden.

## 09

## Lehrer:innenmangel begegnen: Ausbildungsoffensive und Anerkennung: Wege in den Lehrer:innenberuf öffnen

Um dem akuten Fachkräftemangel im Bildungsbereich langfristig wirksam zu begegnen, braucht es in den Augen der Expert:innenrunde eine umfassende Ausbildungsoffensive und die Öffnung neuer, praxisnaher Zugänge zum Lehrer:innenberuf. Neben der Schaffung flexibler Ausbildungswege und dem gezielten Ausbau von Anstellungen für Quereinsteiger:innen, müssen Ausbildungsabschlüsse aus dem Ausland rascher und unbürokratischer anerkannt werden. Besonders hervorgehoben werden in der Diskussion Maturazeugnisse aus Drittstaaten sowie Fachabschlüsse und Curricula, die vom österreichischen System abweichen. Aber auch berufspraktische Erfahrungen und pädagogische Vorerfahrungen müssen stärker berücksichtigt werden. Die schwierige Balance aus Sicht der Teilnehmer:innen ist, dass der Abbau formaler Hürden nicht zulasten der Qualität gehen, oder Berufseinsteiger:innen strukturell überfordern darf: Neue und quereinsteigende Pädagog:innen brauchen Begleitung, etwa durch ausfinanziertes peer-to-peer-Mentoring oder strukturierte Einstiegsprogramme, um langfristig im Beruf zu bleiben und ihre Kompetenzen wirksam einzubringen.

## 10

**Ausbau von multiprofessionellen Teams an allen Standorten**

Unisono von den Teilnehmer:innen hervorgehoben wurde der Bedarf an multiprofessionellen Unterstützungsstrukturen für Schulen: Um Pädagog:innen und Schüler:innen bestmöglich zu begleiten, sollen daher die Ressourcen für multiprofessionelle Teams aufgestockt werden, sodass an allen Schulstandorten zusätzliches Personal in die Schulen geholt wird. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Freizeitpädagogik, Schulsozialarbeit, Schulpsychologie, Schoolnurses und Sprachförderung. Multiprofessionelle Teams können Lehrer:innen nicht nur strukturell entlasten, Kinder gezielt fördern und psychosozial begleiten, sie können auch eine wertvolle Schnittstelle zwischen Lehrkräften und Eltern sein. Hierbei könnten aus Sicht der Expert:innen nicht nur die bereits etablierten Berufe mitgedacht werden, sondern es sollten vermehrt auch Fachpersonen aus Handwerk, Kunst, Technik, oder Ökonomie in den Schulalltag eingebunden werden, insbesondere in der Unterstufe. So bekommen Schüler:innen die Möglichkeit, praktisch zu arbeiten, vielfältige Begabungen zu entdecken und unterschiedliche berufliche Perspektiven kennenzulernen.

## 11

**Reform der Lehrer:innen Aus- und Weiterbildung**

Dringenden Handlungsbedarf orten die Teilnehmer:innen in der Aus- und Fortbildung von Pädagog:innen: Die Lehramtsausbildung in Österreich muss an die Realität einer zunehmend diversen Schüler:innenschaft angepasst werden. Das bedeutet, dass sprachliche und kulturelle Vielfalt, DaZ/DaF sowie der Umgang mit Diskriminierung und Rassismus in der Grundausbildung von Pädagog:innen als Querschnittsthemen fest verankert werden müssen. Angehende Lehrer:innen benötigen verpflichtende Module zu sprachlicher Bildung und Deutsch als Zweit- und Fremdsprache (DaZ/DaF), inklusiver Bildung und kultursensibler Pädagogik, um die sprachlichen und kulturellen Bedürfnisse ihrer Schüler:innen zu adressieren. Fortbildungsangebote sollten diese Themen auch für bereits im Beruf stehende Lehrkräfte vertiefen, wobei eine Anti-Diskriminierungsinitiative für Pädagog:innen wichtig wäre. Insgesamt muss die Ausbildung aus Sicht der Diskutant:innen künftig Pädagog:innen viel stärker dazu befähigen, eine respektvolle, rassismuskritische Haltung zu entwickeln und die Verantwortung für eine inklusive Bildung aktiv zu übernehmen. Dafür sollen Hochschulen noch stärker mit Schulen zusammenarbeiten.

## 12

**Diskriminierung und Rassismus auf allen Ebenen bekämpfen**

Um Diskriminierung und Rassismus in Schulen effektiv zu bekämpfen, regen die Expert:innen die Umsetzung gezielter Maßnahmen auf allen Ebenen der Bildungseinrichtungen an. Neben der Schulung des pädagogischen Personals (siehe Punkt 11), ist es nötig, Anlaufstellen zu

schaffen und ausreichend Ressourcen bereitzustellen, um präventive und unterstützende Programme gegen Diskriminierung und Rassismus zu etablieren. Schulen sollten dazu verpflichtet werden, eine rassismuskritische Haltung gemeinsam mit Lehrpersonen, Schüler:innen und Eltern zu erarbeiten und im Schulalltag zu verankern, so wie dies in den seit 2024 bestehenden Anti-Rassismus-Tagen an Wiener Schulen begonnen wurde. Anti-Rassismus und Rassismuskritik muss als Grundhaltung und verbindliche Vorgabe in pädagogisches Handeln, Schulentwicklung und Aus- und Weiterbildung integriert werden. Dazu braucht es rassismuskritisches Bildungsangebot für Kinder und Rassismus muss auch in der Elterngemeinschaft gezielt adressiert werden. Damit können aus Sicht der Diskutant:innen insbesondere jene Eltern erreicht werden, die durch Abgrenzung und Vorurteile aktiv zur Segregation des Bildungssystems beitragen und die stärker zu Adressat:innen von entsprechenden Angeboten werden müssen. Dies erfordert Aufklärungsarbeit und das Angebot von Dialogräumen, um die Verantwortung der Eltern im Prozess der Integration und Gleichbehandlung ihrer Kinder zu fördern.

## 13

### Elternarbeit

Eine weitere Anregung der Expert:innen zur Förderung der Bildungsbeteiligung von Eltern aus diversen kulturellen und sprachlichen Kontexten, ist die Einführung von Standortkoordinator:innen für Elternarbeit an Schulen in Verbindung mit außerschulischen Trägern. Diese Koordinator:innen können Formate entwickeln, die es ermöglichen, Eltern stärker in den Schulalltag einzubeziehen, etwa durch niedrigschwellige Angebote und die Nutzung öffentlicher städtischer Räume für Begegnung und Austausch. Ein Beispiel könnte die Zusammenarbeit mit Projekten wie SFZ/BIM sein, die Elternarbeit und Freizeitpädagogik kombinieren. Auch die Erwachsenenbildung könnte aus Sicht der Diskutant:innen stärker in den Schulalltag integriert werden, indem Angebote wie „Mama lernt Deutsch“ oder andere Weiterbildungsformate, die Eltern, die besser Deutsch lernen wollen helfen, ihre eigenen Kompetenzen zu erweitern, an Schulen geholt werden. Erstsprachige Lesepat:innen können eine wertvolle Unterstützung für mehrsprachige Kinder und ihre Familien sein, während die Rolle von erstsprachigen Lehrkräften als Brücke zu mehrsprachigen Eltern weiter gestärkt werden sollte. Dies schafft Vertrauen und erleichtert die Kommunikation. Schulen müssen dabei, als Begegnungsorte verstanden werden, die eine willkommene Atmosphäre schaffen, um die oft vorhandenen Ängste und Vorbehalte gegenüber dem Schulsystem abzubauen. Eltern dürfen nicht nur als „Zielgruppe“ der Bildungspolitik betrachtet werden, sondern als gleichwertige Partner:innen im Bildungsprozess, deren Engagement aktiv unterstützt und respektiert wird.



# Junge Erwachsene & Erwachsenenbildung

## 1) Herausforderungen

### Ressourcenknappheit und Finanzierung der Erwachsenenbildung insbesondere im Bereich Pflichtschulabschluss und Basisbildung

Die Expert:innen in den Fokusgruppen waren sich einig, dass die Erwachsenenbildung in Österreich trotz ihrer zentralen Bedeutung für lebenslanges Lernen, soziale Teilhabe und berufliche Qualifikation gesellschaftlich wie bildungspolitisch noch immer unterschätzt wird. Vor allem Level Up, Erwachsenenbildung im Bereich Basisbildung und zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses, fehlt es an langfristiger finanzieller Absicherung: Die derzeit vorherrschende Befristung von Projekten verhindert

nachhaltige Strukturen, Planungssicherheit sowie den flächendeckenden Ausbau von Bildungsangeboten. Besonders deutlich zeigt sich dieser Spardruck nach Einschätzung der Diskutant:innen im Bereich der Angebote für jugendliche Quereinsteiger:innen der Basisbildung und beim Pflichtschulabschluss. Eine zentrale Herausforderung im Bereich der Basisbildung ist das unzureichende Angebot an passenden und zugleich zugänglichen Bildungsmaßnahmen, insbesondere für Menschen mit komplexem Unterstützungsbedarf. Darüber hinaus beklagten die Diskutant:innen, dass die seit Jahren unveränderten Kostensätze im Kontrast zu steigenden Personalkosten stehen, was es zunehmend schwierig macht, qualifiziertes Personal zu halten. Trotz des ungebrochen hohen Bedarfs

an begleitenden, niedrigschwelligen Bildungsformaten fließt viel Energie in Projektanträge und Ausschreibungen, statt sich auf Qualität und Zielgruppenarbeit konzentrieren zu können. Ein zentrales Problem orteten die Expert:innen dabei in der derzeitigen Vergabepolitik öffentlich finanzierter Maßnahmen, etwa durch das AMS. Hier kommt häufig das Billigstbieterprinzip zur Anwendung, wodurch nicht die Qualität der Bildungsangebote, sondern vor allem die Kosten entscheidend sind. Diese Praxis setzt Organisationen unter massiven Preisdruck, führt zu schlechten Arbeitsbedingungen für Lehrende und



*Level Up bei weitem nicht ausfinanziert. Es gibt viel, viel mehr Nachfrage, viel mehr Bedarf für Basisbildungsmaßnahmen. Also es gibt das Programm, es läuft gut, es ist alles da, das Know-how ist da, die Leute sind da, die es umsetzen können, nur das Budget fehlt.*



*Die Vergabepolitik ist ein strukturelles Thema und eine große Herausforderung. Im Bildungsbereich aber auch im arbeitsmarktpolitischen Bereich. Da hat man jährliche Vergaben, zweijährliche Vergaben, man baut Trägereinrichtungen auf, Strukturen auf, Know-how und dann Neuvergabe und nicht immer Bestbieter-Prinzip, sondern Billigstbieter-Prinzip.*



*Die Finanzierung in beiden Bereichen, Basisbildung und Pflichtschulabschlussbereich ist sehr schwierig. Es ist schon auch die Idee, dass die Finanzierung jetzt über mehrere Jahre wieder gesichert ist, aber es ist unklar, ob sich über diesen Zeitraum von vier, fünf Jahren, die Projekte auch tatsächlich mit den Kostensätzen, die da angedacht sind, finanzieren lassen. In diesen Rahmenbedingungen ist es auch ganz schwierig Trainer:innen zu finden, die unter diesen Bedingungen arbeiten können und wollen.*



*Gerade im letzten Jahr war bei uns nicht klar, ob es finanziell weitergehen kann oder nicht. Also das größte Problem ist auf jeden Fall die Finanzierung, dort fließen sehr viel Zeit und Ressourcen hinein. Und dann bleibt halt oft wenig Raum für die Jugendlichen, kommt mir vor, leider.*

senkt langfristig pädagogische Standards, mit unmittelbaren Folgen für die Qualität und Wirksamkeit der Bildungsarbeit.



*Also die Basisbildung ist so ein wirkliches Leuchtturmprojekt. Es gibt ein Curriculum zur Basisbildung, der Ansatz ist maßgeschneidert auf die Teilnehmer:innen zugehen. Es ist die Vorgabe, dass es kleinere Gruppen sind. Es gibt die Vorgabe, dass es eine Sozialberatung gibt, die eben auch vor allem diesen Dropout verhindern soll. Es wäre so einfach. Das müsste man einfach nur weiterführen. Womit wir in den Organisationen wirklich kämpfen, ist aber eben genau das, diese Finanzierungsschwierigkeiten. Basisbildung rechnet nach Kostensätzen ab. Die Kostensätze wurden 2019 formuliert. Und seitdem wurden sie nicht entsprechend angepasst. Unsere Personalkosten wurden aber angepasst. Und was tut man als Organisation, damit das Angebot weiterhin besteht? Wir drehen an den Qualitätsschrauben. Wir fahren die Sozialberatung runter. Das Teamteaching fahren wir runter. Das sind aber alles Ansätze, die dieses Angebot braucht.*

## Sprachprüfungen und Deutschförderung führen zu Ausgrenzung und Zeitverlust

Als ein zentrales Thema in der Erwachsenenbildung wurde von den Teilnehmer:innen der Workshops der Faktor Sprache identifiziert. So hängen der Zugang zu Bildungsangeboten und deren erfolgreicher Abschluss häufig von standardisierten Deutschkenntnissen ab, was Sprache zunehmend zu einem Selektions- und Exklusionsinstrument macht, wie in den Workshops kritisch diskutiert wurde. Die Prüfungen, sowohl für Erwachsene als auch für junge Erwachsene Quereinsteiger:innen, orientieren sich am Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER), der vier Kompetenzen (Lesen, Hören, Schreiben, Sprechen) abfragt. Alle vier müssen positiv absolviert werden. Die öffentlich geförderten Kurse (des AMS bzw. des ÖIF) basieren meist auf einem linearen Stufenmodell, das den Zugang zu weiterführender Bildung oder Qualifizierung erst nach dem Erreichen bestimmter GER-Niveaus erlaubt. Dadurch hängen Betroffene oft in Sprachkursen fest, die wenig Bezug zu Beruf, Alltag oder individuellen Bildungszielen aufweisen. So entstehen lange Phasen des Wartens, die Lernende in separaten Förderformaten verbringen, demgegenüber die Expert:innen für integrierte Angebote plädieren, die sprachliche, fachliche und soziale Kompetenzen verbinden. Gerade für die berufliche oder gesellschaftliche Integration wäre eine stärkere Fokussierung auf berufsbezogene Fachsprachen oft zielführender als eine umfassende allgemeine Sprachprüfung.



*Aber wenn wir es wirklich gut meinen mit der Jugend, und das ist ja unsere heutige Zielgruppe, auf die wir uns geeinigt haben, dann reicht wahrscheinlich ein Deutschkurs, wo man sich schnell, schnell irgendwie von einem Niveau zum nächsten drillt, nicht aus. Und das kann dann natürlich zu keiner Chancengerechtigkeit führen, wenn wir nicht Formate und Optionen schaffen, die sie wirklich gut einfangen und die ihnen eine solide Basis verschaffen.*



*Man kann das linguistisch nicht argumentieren. Dieser europäische Referenzrahmen für Sprachen ist ja auch nicht gemacht worden für eine Zweitsprache, sondern für eine Fremdsprache. Also meine Englisch-Matura nach acht Jahren Gymnasium als Jugendlicher war B2. Das ist Fremdsprache. Ja okay. Aber wer schafft das denn? Und wer braucht das auch? Berufsspezifische deutsche Kenntnisse, das ist wichtig, aber nicht dieser Referenzrahmen.*

## Fehlende Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus Herkunftsstaaten



*Also wenn man das einreicht, beim Ministerium, da gibt es eine Stelle, Anerkennung von Berufsabschlüssen, Schulzeugnissen. Das dauert dann monatelang. Wenn nicht ein halbes Jahr oder ein Jahr. Das kann es nicht sein, so etwas muss ausgebaut werden, das muss rasch gehen.*

Herkunftsstaaten. Besonders häufig betrifft dies das letzte Schuljahr für den Pflichtschulabschluss, aber auch berufliche Ausbildungen, die in vielen anderen Ländern stärker praxisorientiert sind als im österreichischen System. Ein zentrales Problem in diesem Zusammenhang sind die langen Wartezeiten in den Anerkennungsverfahren. In dieser Zeit sind junge Menschen oft an der Fortsetzung des eigenen Ausbildungsweges gehindert: Sie wissen nicht, wie sie eingestuft werden und was angerechnet wird, dürfen in dieser Zeit aber keine weiterführenden Kurse besuchen und müssen im schlimmsten Fall wieder ganz von vorne anfangen, obwohl sie über deutlich weitergehende Qualifikationen verfügen. Für zugewanderte Fachkräfte liegt das Problem aus Sicht der Expert:innen darin, dass die Verfahren für die Nostrifizierung der Ausbildung oder des Studiums sehr lange dauern, bürokratisch komplex und intransparent sind. Sie kritisieren den fast ausschließlichen Fokus auf den Ausbildungsweg und den strikten Vergleich zwischen den österreichischen Ausbildungsplänen und den Ausbildungsplänen aus dem Herkunftsland, die keinen Spielraum, für die Anerkennung schon erworbener praktischer Erfahrung und anderen Kompetenzen lassen. In der Folge geraten viele in eine Dequalifizierungsfalle, arbeiten unterhalb ihres Ausbildungsniveaus und verlieren über Jahre hinweg Anschluss an ihre erlernten Berufe. Dadurch bleiben wertvolle Potenziale ungenutzt und berufliche Integration wird massiv erschwert.

Eine weitere große Hürde für gelingende Bildungswege ist die fehlende oder stark verzögerte Anerkennung von Schul- und Ausbildungsabschlüssen aus den



*Also was wir auf jeden Fall seit Jahren schon predigen, ist, dass es standardisierte Anerkennungsverfahren geben soll. Die Unterlagen werden individuell überprüft und verglichen mit dem Curriculum. Jeder bekommt was anderes vorgeschrieben. Wir können das uns einfach nicht mehr leisten, dass die Ärzte drei, vier Jahre nostrifizieren, Zahnärzte fünf, diplomierte Pflegekräfte mehrere Semester. Die Schweden haben zum Beispiel so ein standardisiertes Programm für Ärzte und Pfleger:innen [...] Weil wir müssen auch davon ausgehen, dass der angehende Arzt einen anderen Studienplan hat als der, der vor 30 Jahren studiert hat. Und die dürfen auch beide denselben Beruf ausüben.*

## Lücken im Angebot zur Unterstützung und Beratung

In den Workshops wurde thematisiert, dass die Beratungslandschaft für Menschen in der Erwachsenenbildung in Österreich zwar vielfältig, zugleich aber äußerst unübersichtlich ist. Es existiert eine große Zahl an Programmen, Projekten und Stellen, die Beratung, Orientierung oder Unterstützung anbieten. Dennoch fällt es selbst Fachpersonen aus dem Bildungs- und Sozialbereich oft schwer, den Überblick zu behalten und passgenaue Angebote für



*Eine Haupthürde ist, man kommt nach Wien und es gibt 100.000 Beratungsstellen. Es gibt so viele Dinge. Ich bin seit fast 10 Jahren sehr aktiv in dem Ganzen drinnen und ich entdecke immer wieder etwas Neues. Ich überblicke das ganze Angebot noch immer nicht. Das ist aber auch ein Problem.*

*Wir haben so ein differenziertes Angebot in Wien, das ist toll, es ist ein Wahnsinn, was es alles gibt. Aber es gibt scheinbar nirgends eine zentrale Stelle, wo diese Menschen hingehen können und wo auch tatsächlich das beste Angebot für sie herausgesucht wird.*

individuelle Situationen zu finden, wie in den Zitaten deutlich wird. Trotz dieser Angebotsfülle bestehen strukturelle Lücken, insbesondere beim individuellen Clearing und Case Management. Bestehende Beratungsstrukturen sind

häufig projektbasiert, zeitlich begrenzt oder thematisch eng gefasst. Gerade für Quereinsteiger:innen ins Bildungssystem, die oft mit Mehrfachbelastungen konfrontiert sind, fehlt es an ganzheitlicher Begleitung. Aus Sicht der Teilnehmenden braucht es längerfristige, kontinuierliche Unterstützungsstrukturen, die Übergänge professionell begleiten und individuelle Bildungswege ermöglichen.

### Zwischen Basisbildung, Pflichtschulabschluss und Berufsausbildung: Schwierige Übergänge und mangelnde Flexibilität

Bei den Übergängen von Basisbildung über den Pflichtschulabschluss hin zu weiterführender Bildung oder Berufsausbildung zeigen sich für viele junge Erwachsene Brüche und strukturelle Hürden. Als ein zentrales Problem wurde in den Diskussionen der Übergang aus dem Pflichtschulbereich ausgemacht, insbesondere dann, wenn Jugendliche Quereinsteiger:innen die Altersgrenze erreicht haben, aber über noch keinen Pflichtschulabschluss verfügen (etwa weil sie zurückgestuft wurden, oder sich davor ausschließlich in Deutschförderklassen befunden haben). Ebenso ist der Weg in eine Berufsausbildung in vielen Fällen nicht direkt anschlussfähig, etwa weil weiterführende Angebote bestimmte Sprachniveaus, oder formale Voraussetzungen verlangen, die für die Zielgruppe zu hoch angesetzt sind. Worauf die Expert:innen zudem hinwiesen, ist das Fehlen flexibler Formate, die entweder Lernen, Arbeiten und individuelle Lebenssituationen miteinander verbinden, oder im Sinne eines modularen Systems das Nachholen einzelner Fächer oder Kompetenzbereiche ermöglichen. Die derzeitigen Angebote haben laut Schilderungen der Workshop Teilnehmenden zu wenig Flexibilität,



*Es gibt diesen Gap. Also wir haben Jugendliche, die wirklich, und das wissen wir aus verschiedenen Studien, die durch Wien hin und her geschickt werden, die im Durchschnitt zwei Jahre verlieren, weil sie einfach nicht wirklich irgendwo andocken können, wo es sinnvoll ist. Und sie wollen aber ihre Schul- und Ausbildungskarriere so schnell wie möglich fortsetzen, für die gibt es aber nichts.*



*Das sind die künftigen Fachkräfte Wiens. da braucht es Flexibilität, um hier maßgeschneiderte und gute Angebote im Bildungssystem zu verankern. Wir haben diese unpraktische Trennung zwischen Basisbildung und Pflichtschulabschluss. Sinnvoller wäre es, wenn man die beiden Sachen ein bisschen verschränken würde, dass man in einem Basisbildungskurs sitzen kann, in Deutsch zum Beispiel, aber in Mathe oder Englisch den Pflichtschulabschluss schon machen kann. Oder wenn jemanden eine Prüfung fehlt, dann soll der doch eine Externistenprüfung machen können.*

folgen stattdessen rigiden Logiken und vorab festgelegten Voraussetzungen, die wenig Spielraum lassen, um bereits vorhandene Kompetenzen und die individuelle Situation der Teilnehmenden zu berücksichtigen. Auch geben sie zu bedenken, dass die Zielgruppe sehr heterogen ist, in unterschiedlichen Bildungssystemen sozialisiert wurde und unterschiedliche Lernkulturen mitbringt.

## Übergänge und Einstieg in den Arbeitsmarkt gelingen nicht

Als ein weiteres Problemfeld wurde in der Diskussion der Einstieg in den Arbeitsmarkt genannt, der sich für Drittstaatsangehörige, die aus der Erwachsenenbildung kommen, besonders schwierig gestaltet. Ein zentrales Problem ist der mangelnde Zugang zu Praxis- oder Praktikumsplätzen, vor allem für Personen über 20 Jahren, selbst, wenn sie gut qualifiziert sind. Zusätzlich sind viele Ausbildungen langwierig und nicht auf Menschen mit unsicherer Aufenthaltsperspektive oder dringendem Erwerbsdruck zugeschnitten. Die Lebensrealitäten vieler Betroffener sind oft prekär und von hohem (finanziellen) Druck geprägt: Sprache lernen, Qualifizierungsmaßnahmen, finanzielle Sorgen und familiäre Verantwortung müssen gleichzeitig bewältigt werden. In der Folge greifen viele früh zu Jobs, die deutlich unter ihrer Qualifikation liegen, sei es aus ökonomischem Zwang oder weil keine passenden Übergangsmodele verfügbar sind. Ein weiteres Problem, betonten die Expert:innen, ist, dass Menschen, obwohl sie eigentlich arbeiten wollen an der Hürde von Deutschkursabschlüssen scheitern und so, anstatt pragmatisch und niederschwellig vermittelt, in die Inaktivität gedrängt werden.



*Und ich behaupte, dass wirklich ein Großteil der Menschen will in Wirklichkeit arbeiten, aber durch diese starke Reglementierung und diese sehr komplexe Gesellschaft, die wir haben, nämlich für dich ist zuständig ÖIF, AMS, M40, Flüchtlingsbetreuungseinrichtung. Wir drängen manche Leute in die Inaktivität hinein, mit diesen vielen Zuständigkeiten. Also man muss da auch differenzieren: Der kann nicht schreiben und er wird in diesem Leben wahrscheinlich nicht schreiben lernen oder vielleicht erst in fünf Jahren oder was auch immer, aber der Mensch will arbeiten und wir stecken ihn ununterbrochen in irgendwelche Kurse.*

## Mehrfachbelastungen & Hohe Drop-Out-Quoten

Eine geteilte Erfahrung der Teilnehmer:innen aus der Erwachsenenbildung sind hohe Drop-Out-Quoten, insbesondere bei Personen, die mit Mehrfachbelastungen im Alltag zu kämpfen haben. Hier mangelt es laut Expert:innen an passenden Bildungsangeboten, die



*Weil bei uns die Dropouts sind eben hauptsächlich darin begründet, dass dann die Kinder krank werden oder dass es sonst irgendwo im Alltagsleben Schwierigkeiten gibt, wo man dann eben keinen Kopf für die Bildung hat. Aber dass man dann eben wieder einsteigen kann. Es wäre super, wenn es dann eben nicht zu einem Dropout kommt, im klassischen Sinne, sondern zu einer Pause.*

sich an den konkreten Lebensrealitäten dieser Gruppen orientieren. Zum Beispiel stellt die außerordentliche Lehre in Österreich eine besondere Herausforderung dar. Das System ist stark defizitorientiert ausgerichtet: Es legt den Fokus auf das, was den Lernenden angeblich fehlt, statt auf die vielfältigen Kompetenzen und Erfahrungen, die sie mitbringen, wie in den Workshops kritisiert

wurde. Dieses rigide Vorgehen erschwert die individuelle Förderung und Integration in den Lehrbetrieb erheblich. Anstatt Bildungs- und Berufswege flexibel zu öffnen, bereits mitgebrachte praktische Fähigkeiten anzuerkennen und bspw. auch Pausen statt Abbrüchen in Ausbildungsprogrammen zu ermöglichen, verstärken die bestehenden Strukturen vielfach Ausschlüsse und können demotivierend wirken.

## Frauen in der Erwachsenenbildung



*Es profitieren auch die Kinder von einer Ganztagesbetreuung, statt ein paar Stunden während dem Kurs. Wir wissen alle, das Sprachfenster ist da, wenn die Kinder mit zwei Jahren in den Kindergarten gehen, dann lernen sie die Sprache innerhalb von zwei Monaten, dann könnten wir uns später die Hälfte der Jugendkurse sparen.*

Ein zusätzliches und oft übersehenes Hindernis betrifft Frauen, deren Zugang zu Angeboten der Erwachsenenbildung besonders durch fehlende Kinderbetreuung erschwert wird. Ohne Erwerbstätigkeit besteht kein Anspruch auf Betreuungsplätze, eine Hürde, die die Bildungsbeteiligung von Frauen massiv einschränkt und Ungleichheiten reproduziert. Gleichzeitig wirken ökonomische Abhängigkeiten und soziale Belastungen zusätzlich hemmend. Wie in den Workshops angesprochen wurde, reichen Angebote, die lediglich während den Kursen eine Aufsicht sicherstellen, nicht aus, sondern wäre es notwendig, dass der Zugang zu Kinderbetreuungsplätzen von Erwerbstätigkeit oder Ausbildung entkoppelt wird. Ein Ausbau an Kinderbetreuungsplätzen würde nicht nur Frauen zu Gute kommen, sondern auch die Kinder würden davon profitieren.



*Eigentlich sollte ja das Ziel sein, dass die Frauen einen geregelten, langfristigen, nachhaltigen Kinderbetreuungsplatz für ihre Kinder haben. Und das schon für ein-, zweijährige Kinder, also das ist natürlich ein Wunschdenken, das weiß ich schon, wenn es nicht einmal möglich ist, für ein vierjähriges Kind einen Kindergartenplatz zu bekommen. Aber die Frauen verlieren unglaublich viel Zeit, weil sie keine Möglichkeit haben, die Kinder in Betreuung zu schicken, wenn sie keine Arbeitsstelle haben oder eben nicht in einem Kurs sind. Und sie können aber keinen Kurs besuchen oder eine Arbeitsstelle annehmen, wenn sie keine Kinderbetreuung haben. Also das ist ein Teufelskreis.*

## Fehlende Daten

Das Fehlen belastbarer Daten zur Situation von Personen ohne österreichische Staatsangehörigkeit bzw. ohne Erstsprache Deutsch wurde in den Diskussionen als wesentlicher Makel besprochen. Ohne belastbare Daten bleibt nämlich unklar, warum und in welchem Umfang Menschen Bildungsmaßnahmen abbrechen und wie man diesen Entwicklungen wirksam entgegensteuern könnte, z.B. im Kontext von Drop-Outs bei der Lehrabschlussprüfung oder beim außerordentlichen Lehrabschluss. Gerade in diesen Bereichen ist der Einblick laut den Expert:innen leider begrenzt, nicht zuletzt, weil relevante Daten – etwa von der Wirtschaftskammer (WKO) zur Lehre – zurückgehalten oder nicht veröffentlicht werden, wie Teilnehmende der Fokusgruppen anmerkten. Dahinter steht häufig ein Interesse daran, migrantische Arbeitskräfte ohne abgeschlossene Ausbildung weiterhin als billige, leicht ersetzbare Arbeitskräfte im Niedriglohnssektor zu halten. Die fehlende Transparenz erschwert es, gezielte Maßnahmen zur Förderung von Bildungsabschlüssen und fairer Arbeitsmarktintegration zu entwickeln. Insgesamt beklagen die Diskutant:innen ein mangelndes Engagement des Staates, aktiv auf diese Daten zuzugreifen oder selbst umfassende Erhebungen durchzuführen. Ohne eine solide, differenzierte Datenbasis bleibt die Benachteiligung rassistisch diskriminierter und strukturell marginalisierter Gruppen in der Erwachsenenbildung weitgehend unsichtbar.

## Rechtsunsicherheit und belastende Verfahren

Teilnehmende der Erwachsenenbildung befinden sich zudem oft in prekären Lebenssituationen, die hemmend wirken, wie die Expert:innen berichteten: Unsichere Wohnsituationen, ein prekärer Aufenthaltsstatus sowie Rassismus- und Ausgrenzungs-erfahrungen beeinflussen maßgeblich die Möglichkeiten, an Bildungsangeboten teilhaben zu können.

Rechtsunsicherheit und unsichere Aufenthaltsperspektiven stellen eine erhebliche Hürde für die Teilhabe an Erwachsenenbildung dar. Viele zugewanderte Menschen leben über Jahre mit einem unsicheren oder befristeten Aufenthaltsstatus, häufig ohne Klarheit darüber, wie sich ihr aufenthaltsrechtlicher Status entwickelt. Diese Unsicherheit wirkt sich stark auf die Motivation und psychische Belastung aus und macht langfristige Bildungsplanung nahezu unmöglich. Besonders problematisch ist in den Augen der Teilnehmer:innen der



*Familiennachzug, dann brauchst du eine Sprachprüfung oder Aufenthalt, unbefristet, dann brauchst du eine höhere Sprachprüfung. Das hat es ja nicht gegeben. Also das hat es ja bis 2003 nicht gegeben. Und dann hat man das eingeführt und das ist ja auch nicht logisch, was man da tut. Wer aus der EU kommt, macht das überhaupt nicht. Also ein Spanier kann in Österreich leben, der versteht kein Wort, kann nichts reden und nicht ein Wort schreiben. Egal. Aber aus Lateinamerika, der muss dann, ich weiß nicht wie viele Prüfungen machen.*



*Ich würde Aufenthaltsrecht und Staatsbürgerschaft entkoppeln von diesen Sprachprüfungszeugnissen, weil ich möchte, dass die Menschen anders an die Sprache herangehen, als in so einem AngstszENARIO, was ist, wenn ich das nicht schaffe. Das hat massive Konsequenzen, zum Beispiel, dass ich wieder zurückgehen muss.*

Workshops, dass der Spracherwerb häufig direkt mit dem Zugang zu Aufenthaltstiteln verknüpft ist. Sprache wird so nicht als Mittel zur Teilhabe und Integration vermittelt, sondern als Pflicht unter Druck. Prekäre Lebensrealitäten lassen sich daher nicht von Bildungsprozessen entkoppeln, sondern bedingen sich gegenseitig.

## Psychische Erkrankungen und Traumata



*Dieser komplette psychosoziale Bereich, ja, also Fluchterfahrung, Traumata, das ist natürlich auch ein riesengroßer Punkt. Das war früher auch schon so, aber es ist jetzt zunehmend so, dass eigentlich mehr Menschen Bedarf hätten für mehr Beratung, mehr Therapien auch. Sehr viele sind traumatisiert durch Fluchterfahrungen, aber auch durch Erfahrungen in Österreich, rassistische Erfahrungen und da werden sie sehr wenig gehört und es gibt auch die Ressourcen nicht... Es gibt eine Person, die bei uns angestellt ist, die für Sozialberatung da ist, aber die wird überrannt und die ist auch keine Therapeutin und die kann es auch nicht abdecken, die ganzen Jugendlichen weiterzuvermitteln.*

bringen Traumata aus ihren Herkunftsländern und von der Flucht mit, hinzu kommen oft eine prekäre aufenthaltsrechtliche Situation, familiäre Trennung, Perspektivlosigkeit und Diskriminierungserfahrungen. Diese

In den Workshops wurde auch der Einfluss psychischer Erkrankungen und traumatischer Erfahrungen auf Bildungsprozesse besprochen. Dieser ist insbesondere bei (jungen) Erwachsenen mit Fluchterfahrung ein zentraler Faktor, der Lernmotivation, Konzentrationsfähigkeit und Bildungsbeteiligung maßgeblich beeinflussen kann. Viele der Jugendlichen



*Die ersten Kurse, die Menschen machen, wenn sie neu nach Österreich kommen, sind jetzt eigentlich immer diese ÖIF-Kurse, die gerade für Personen, die wenig Schulerfahrung haben oder traumatisiert sind oder so, eigentlich total kontraproduktiv sind. Das heißt, bei uns stoßen oft Teilnehmerinnen auf, die schon vielleicht mehrere Jahre in Wien angekommen sind, aber sagen, sie beginnen erst in unserem Basisbildungskursetting Lernerfolge zu haben.*

Faktoren wirken sich massiv auf das psychische Wohlbefinden aus und damit auch auf Konzentration, Motivation, Stabilität und die Fähigkeit zu lernen. Trotz des hohen Bedarfs an traumasensibler Begleitung und psychosozialer Unterstützung bemängelten die Diskutant:innen das Fehlen entsprechender Strukturen im Bildungssystem. Viele Bildungsanbieter und Träger verfügen über keine, oder nur sehr begrenzte Ressourcen für psychologische Betreuung, oder sozialarbeiterische Begleitung. Lehr- und Fachpersonen sind mit diesen Herausforderungen oft allein gelassen, obwohl sie mit deren Auswirkungen in ihrer Arbeit konfrontiert sind.

## Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMFs)

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMFs) und junge Erwachsene ohne Familie stellen für die Expert:innen der Workshops eine besonders vulnerable Gruppe dar. Als Kinder und Jugendliche, die ohne Eltern oder gesetzliche Bezugspersonen nach Österreich gekommen sind, sind sie in mehrfacher Hinsicht auf Schutz und gezielte Unterstützung angewiesen, sowohl rechtlich als auch psychosozial und bildungsbezogen. Besonders kritisch ist die Situation beim Übergang in die Volljährigkeit: Mit dem 18. Geburtstag endet in vielen Fällen die intensive Betreuung durch die Kinder- und Jugendhilfe, obwohl der Bedarf an Unterstützung weiterhin hoch ist. Viele UMFs fallen dadurch in eine Betreuungslücke und müssen innerhalb kürzester Zeit von einem betreuten Setting in Eigenständigkeit wechseln.



*Im schlimmsten Fall sind sie auch noch alleine in Österreich, oder halt ohne Familie. Da ist es so, bis 18 sind sie soweit okay, bis gut betreut. Was passiert nach ihrem 18. Geburtstag? Sehr viele bei uns in den Kursen sind da genau noch am 18. Geburtstag da. Danach plötzlich fallen sie aus allen Strukturen raus. Auch das ist eine so immense psychische Belastung. Die Familie kann unter Umständen dann auch nicht nachkommen oder irgendwie herkommen. Dieses Alleingelassen sein, das kann man nicht unterschätzen, weil wo sucht man dann Anschluss?*

## Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen

In den Workshops wurde deutlich, dass viele Menschen mit niedrigen Bildungsressourcen und mit Fluchterfahrung im österreichischen Bildungssystem auch mit individuellen und institutionellen Formen von Diskriminierung und Rassismus konfrontiert sind. Diese Erfahrungen, sei es durch abwertende Bemerkungen, ungleiche Behandlung, rassistische Beschimpfungen, oder Ausschlusserfahrungen, beeinträchtigen das Vertrauen und die Möglichkeiten der Betroffenen nachhaltig. Die Diskutant:innen verweisen darauf, dass Diskriminierung und Rassismus sich dabei nicht nur im schulischen Kontext, sondern auch im Umgang mit Behörden, im Alltag, am Wohnungs-, oder auf dem Arbeitsmarkt zeigt. Für viele führt die wiederholte Erfahrung der rassistischen Diskriminierung auch zu Entfremdungsprozessen: Sie ziehen sich zurück und verlieren das Vertrauen in Institutionen und handelnde Personen. Ein zentrales Problem ist, nach Erfahrung der Expert:innen, dass Betroffene mit ihren Erfahrungen häufig allein gelassen werden. Es



*Wir haben jetzt angefangen Wohnungen anzumieten, als Homebase für Personen, die aufgrund ihres Namens gar keine Besichtigungstermine bekommen. Das sind ganz viele unserer Schüler:innen.*



*Die Jugendlichen haben eigentlich tagtäglich Erfahrung mit Rassismus ihnen gegenüber, oder ihrer Gruppe, oder wie auch immer sie sich identifizieren. Identität wird sehr starr definiert und zwar immer so, dass ihnen meist eine Identität zugewiesen wird. Etwas dazwischen gibt es irgendwie nicht. Es gibt kein, ich bin Muslime, aber auch irgendwie Wiener oder so. Also so Zwischenidentitäten werden von der Gesellschaft, vor allem im Moment, im jetzigen Narrativ, nicht wirklich erlaubt.*



mangelt an niedrighschwelligem Anlaufstellen, sensibler Aufklärung sowie rechtlichen Möglichkeiten, Diskriminierung wirksam zu adressieren. In der Folge wird die Bewältigung rassistischer Erfahrungen und deren Auswirkungen vielfach auf die Betroffenen selbst abgewälzt. Sie müssen einen Großteil der emotionalen und sozialen Arbeit alleine leisten, während sie mit starren Identitätsvorstellungen und gesellschaftlichen Diskursen konfrontiert sind, die sie ausgrenzen und ihre Zugehörigkeit in Frage stellen.

## Radikalisierung und Extremismus



*Da sind wir dann halt auch überfordert, wenn sie mit Informationen ankommen, aus Videos, mit Dingen im schlimmsten Fall, die sie verbreiten in Gruppen, oder sie diskriminieren sich untereinander. Und ein Workshop wird es halt da leider dann nicht richten, auch wenn es super Angebote gibt, aber ich kann nicht einfach nur einen Workshop an die Institution holen und sagen, jetzt gibt es keine Gefahr mehr, dass irgendwer radikalisiert da rausgehen wird, oder so. Da bräuchte es viel mehr Angebot und viel Betreuung und viel Gespräch. Und gerade in diesen Kursen wären wir eigentlich sehr nah dran, auch in der Beziehungsarbeit. Aber zeitlich geht es dann nicht aus, neben all den anderen Anforderungen.*

Im Rahmen der Workshops wurde Sorge darüber geäußert, dass Radikalisierung und extremistische Tendenzen spürbarer werden. Trainer:innen und pädagogisches Personal berichten davon, dass sie in ihrem Arbeitsalltag verstärkt mit polarisierenden Weltbildern, antisemitischen Äußerungen, Verschwörungserzählungen, oder politischen Extrempositionen konfrontiert sind, aber nicht die Ressourcen haben, diese Themen entsprechend zu begleiten und zu bearbeiten. Es besteht zwar die Möglichkeit, entsprechende Workshops zu buchen, allerdings sind diese Maßnahmen in der Regel einmalig und umfassen keine gezielte Beziehungsarbeit. Radikalisierung ist dabei eng mit Diskriminierungserfahrungen (auch unter Jugendlichen), struktureller Ausgrenzung und fehlender Zugehörigkeit verbunden (siehe bisherige Punkte). Hier plädieren die Expert:innen des Workshops für Unterstützungsangebote, Reflexionsräume und Formate, die Jugendliche und junge Erwachsene empowern und Lerngruppen längerfristig begleiten.



*Viele Radikalisierungsworkshops sind dann auch wieder total problemzentriert und das geht eigentlich gar nicht. Also da ist ganz klar wieder, dass Jugendliche, junge Erwachsene das Problem in dem Ganzen sind... Aber tatsächlich finde ich, dass es die Jugendlichen nicht unterstützt und empowert, sondern als Problem darstellt, weil wenn die dann immer wieder als Problem, als Gefahr als anders dargestellt werden, wie sollen sie dann jemals irgendwie ihre eigene Perspektive auf sich selbst ändern?*

## Digitalisierung

In der Beobachtung der Diskussionsrunden sind viele Bildungseinrichtungen unzureichend mit digitaler Infrastruktur ausgestattet, was vor allem kleinere Träger bei der Umsetzung digitaler Angebote einschränkt. Gleichzeitig mangelt es laut den Expert:innen sowohl Lehrenden als auch Lernenden häufig an digitalen Kompetenzen: Während Kursleiter:innen gezielte Fortbildungen in digitaler Didaktik benötigen, fehlt Teilnehmer:innen oft die notwendige digitale Grundbildung bzw. sind auf Grund von fehlendem Zugang zu Internet oder Endgeräten ausgeschlossen. Hinzu kommt, dass viele digitale Bildungsformate bislang kaum didaktisch weiterentwickelt wurden; Blended- und E-Learning-Angebote bleiben häufig qualitativ uneinheitlich und wenig zielgruppenorientiert. Erschwert wird eine kohärente Entwicklung durch fehlende politische Steuerung und fragmentierte Zuständigkeiten, die eine Qualitätssicherung sehr schwierig machen.

## 3) Handlungsempfehlungen

### 01

#### **Finanzierung langfristig sicherstellen & Anpassung der Kostensätze**

Die Förderung im Bereich Basisbildung und Erwachsenenpflichtschulabschlüsse (wie ePSA) sollte nachhaltig und indexangepasst über mehrere Jahre erfolgen, um eine kontinuierliche und verlässliche Unterstützung zu gewährleisten. Besonders wichtig ist es, die Fördermittel nicht an projektgebundene, kurzfristige Fristen zu knüpfen, sondern langfristige Programme zu etablieren, die auch bei Abbrüchen keine finanziellen Kürzungen erfahren. Um die Erwachsenenbildung langfristig abzusichern und wirksam weiterzuentwickeln, braucht es ein nachhaltiges Finanzierungsmodell und eine nachhaltige Finanzierung von Level Up für alle Qualifizierungsstufen, damit es möglich ist, sich von projektorientierter Kurzfristigkeit zu lösen. Durch eine zusätzliche dritte Säule im Level Up für den Spracherwerb in Deutsch, könnte der Bereich Basisbildung entlastet werden und zusätzliches Angebot geschaffen werden. Ergänzend sollte eine fixe Quote – zumindest 1% des nationalen Bildungsbudgets – dauerhaft für die Erwachsenenbildung reserviert werden, um ihre Rolle im Bildungssystem institutionell zu stärken. Darüber hinaus ist ein klar geregeltes, kooperatives Finanzierungsmodell zwischen Bund, Ländern und Gemeinden notwendig, das Zuständigkeiten bündelt und Ressourcen effizient einsetzt. Auch Unternehmen sollen verstärkt in die Pflicht genommen werden: durch steuerliche Anreize oder verpflichtende Weiterbildungsbudgets kann die betriebliche Mitfinanzierung gestärkt und die Verbindung zwischen Bildung und Arbeitswelt vertieft werden.

### 02

#### **Vergabep Praxis qualitätsorientiert gestalten**

Um die Qualität und Nachhaltigkeit in der Erwachsenenbildung langfristig zu sichern, ist eine klare Abkehr vom Billigstbieterprinzip notwendig. Statt reiner Kostenorientierung braucht es eine Vergabepolitik nach dem Bestbieterprinzip, die pädagogische Qualität, inklusive Konzepte sowie sozial gerechte und faire Arbeitsbedingungen für Lehrende berücksichtigt. Dafür braucht es verbindliche Qualitätsrahmen, sowohl für allgemeine Bildungsziele als auch arbeitsmarktnahe Fördermaßnahmen für spezifische Zielgruppen. An diese sollte die Bereitstellung von Fördermitteln gekoppelt werden, um sicherzustellen, dass die Bildungsangebote den Bedürfnissen der Zielgruppen gerecht werden und eine hohe Wirksamkeit erzielen. Erst das sichert einen effektiven Einsatz der Mittel und macht Entscheidungsgrundlagen für Fördervergaben und Ausschreibungen transparent und nachvollziehbar..

03

### **Basisbildungsangebote stärken und ausbauen**

Die Basisbildung stellt derzeit die niederschwelligste Form der Bildungsangebote dar und muss daher erhalten, ausgebaut und langfristig gesichert werden, darin waren sich die Expert:innen einig. Um die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der Basisbildung zu erhöhen, sollten insbesondere Bildungsmaßnahmen für Menschen mit komplexem Unterstützungsbedarf gestärkt werden. Es braucht den flächendeckenden Ausbau von niederschweligen, flexiblen Kursangeboten, die durch kontinuierliche, an den Lebensrealitäten der Lernenden orientierte Beratung, psychosoziale Unterstützung und soziale Betreuung ergänzt werden.

04

### **Sprache ressourcenorientiert denken**

Der Umgang mit Sprache, weg von einem defizitorientierten Modell hin zu einem ressourcenorientierten Zugang, muss neu gedacht werden. Sprachzertifikate in Deutsch dürfen nicht länger als alleiniger Maßstab für den Zugang zu Bildungsangeboten, Arbeitsmarktvermittlung und Nostrifikation gewertet werden. Stattdessen braucht es differenzierte Formen der Anerkennung von Sprachkompetenzen, die auch Teilleistungen und berufsbezogene Sprachfähigkeiten sichtbar machen. Prüfungen und Sprachzertifikate dürfen nicht als Selektionsinstrumente wirken, sondern sollten inklusive Lernfortschritte abbilden, etwa durch alternative Prüfungsformate oder Portfolio-Arbeit. Ein besonderer Fokus sollte auf Fachsprache und berufsrelevante Kommunikation gelegt werden, denn für viele Lernende ist die Fähigkeit, sich in ihrem Berufsfeld verständigen zu können, weitaus entscheidender als allgemeine grammatikalische Korrektheit. Zudem muss Mehrsprachigkeit als Ressource anerkannt und gezielt gefördert werden. Menschen, die mehrere Sprachen sprechen, bringen wichtige interkulturelle Kompetenzen mit, die sowohl in Bildungseinrichtungen als auch am Arbeitsmarkt von großem Wert sind.

05

### **Anerkennung von Schulabschlüssen und Ausbildungen vereinfachen**

Die Anerkennung mitgebrachter Schulabschlüsse und Ausbildungen muss schneller, individueller und systemgerechter erfolgen. Dafür gäbe es verschiedene Vorschläge, wie etwa ein zentrales, mehrsprachiges Onlineportal, in dem man alle nötigen Dokumente hochladen kann, bzw. eine automatisierte Vorprüfungssysteme für gängige Abschlüsse aus bestimmten Ländern, wie dies etwa in Dänemark der Fall ist. Insbesondere die Anrechnung von Schuljahren sollte vereinfacht werden, damit Schüler:innen nicht ohne Pflichtschulabschluss ausgeschult werden. Auch sollte es die Möglichkeit von Teilanerkennungen geben bzw. Brückenangebote, anstatt Anträge komplett abzulehnen. Eine pragmatische und unbürokratische Anerkennungspraxis verhindert den

Verlust von Zeit, Motivation und Selbstwertgefühl, dies könnte zum Beispiel durch Skill-Assessment-Tests realisiert werden, in denen Fachkräfte ihre Fähigkeiten zeigen, wie dies etwa in Norwegen durchgeführt wird. Dies ermöglicht es, Bildungsbiografien bruchlos weiterzuführen. Dafür braucht es klare Verfahren, unterstützende Beratung sowie Bewusstseinsbildung auf allen Ebenen für das vorhandene Wissen und die Potenziale der betroffenen Jugendlichen.

06

### **Praktische Berufsorientierungsangebote ausbauen**

Um junge Menschen gezielt auf ihre berufliche Zukunft vorzubereiten, müssen praxisnahe Berufsorientierungsangebote deutlich ausgebaut werden. Statt die Zielgruppe junger migrantischer und/oder rassistisch diskriminierter Erwachsener ausschließlich problemzentriert zu adressieren, braucht es einen Ansatz, der ihre Potenziale, Erfahrungen und Perspektiven in den Mittelpunkt stellt. Existierende Projekte wie Arbeitstrainings, Mentoringprogramme und Schnupperangebote sollten laut Expert:innen ausgebaut werden. Darüber hinaus braucht es modulare Einstiegsmöglichkeiten, die auch ohne Pflichtschulabschluss zugänglich sind und begleitende aufsuchende Formate wie z.B. mobile Werkstätten (Werkstättenbusse) oder Projekte, die mit betroffenen Jugendlichen Co-Designed wurden, da peer-basierte Ansätze mit Multiplikator:innen aus der Community besonders wirksam sind. Auch die Lehre soll für mehr Jugendliche erreichbar gemacht werden, insbesondere durch Anreize in Mangelberufen und durch spezielle Förderprogramme für junge Erwachsene. Dabei ist auch die Wirtschaft in die Verantwortung zu nehmen, etwa durch eine verpflichtende Beteiligung über den Lehrlingsausgleichsfonds. Berufsorientierung sollte zudem diversitätssensibel und geschlechtergerecht gestaltet sein, um stereotype Berufswahlen zu durchbrechen.

07

### **Vom Drop-Out zur Pause: Abschlüsse fördern**

Es braucht gezielte Maßnahmen, um gegen Bildungsabbrüche vorzugehen, insbesondere im Bereich der Lehre. Bestehende Ansätze wie DKW (Du kannst was) sollten konsequent weiterentwickelt und auch auf Lehrabschlussprüfungen sowie Anerkennungsverfahren angewendet werden. Statt starrer Prüfungsformate und dem Fokus auf Sprachzertifikaten, könnten praxisnahe Lernszenarien eingesetzt werden, die berufliche Handlungskompetenz überprüfen. Lernende sollten die Möglichkeit haben, Ausbildungen zu pausieren oder Prüfungen zu einem späteren Zeitpunkt nachzuholen. Hierbei würde es auch helfen, wenn Ausbildungsmaßnahmen zunehmend modular gedacht werden. Anstatt einen Drop-Out als Abbruch zu werten, sollten Phasen der Unterbrechung, etwa durch Care-Arbeit, strukturell ermöglicht werden. Eine positiv gerahmte Unterbrechung („Bildungspause statt Ausstieg“) kann helfen, Bildungsbiografien zu stabilisieren und Menschen langfristig an das Bildungssystem zu binden.

## 08

**Frauen unterstützen und Kinderbetreuung fördern**

Um die gleichberechtigte Teilhabe von migrantischen und/oder rassistisch diskriminierten Frauen an der Erwachsenenbildung zu ermöglichen, braucht es den flächendeckenden Zugang zu kostenloser Kinderbetreuung, auch schon im Kleinkindalter, spätestens aber ab drei Jahren, damit Frauen zeitliche und mentale Entlastung erfahren und sich auf ihre Ausbildung und den nachhaltigen Einstieg in den Arbeitsmarkt konzentrieren können. Eine solche Maßnahme wäre ein entscheidender Beitrag zur Bildungs- und Arbeitsmarktintegration von Frauen, die mehrfach diskriminierenden Barrieren ausgesetzt sind. Darüber hinaus braucht es individuelle Begleitung und Beratung, damit Frauen nicht nur fachlich qualifiziert, sondern auch rechtlich gestärkt und selbstbestimmt in den Arbeitsmarkt eintreten können. Besonders wichtig ist es, Frauen unabhängig von familiären oder partnerschaftlichen Abhängigkeiten sichere und geschützte Lernräume zu bieten. Dafür braucht es eine langfristige, gesicherte Finanzierung, die nicht nur Maßnahmen kurzfristig ermöglicht, sondern strukturelle Unterstützung nachhaltig absichert.

## 09

**Unterstützung für jugendliche Bildungswege und Übergänge im Bildungssystem**

Bildungswege und Übergänge für Jugendliche mit wenig Bildungsressourcen und insbesondere unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMFs) müssen neu gedacht werden. Es braucht verlässliche, altersunabhängige Strukturen, die Bildung, Jugendhilfe und soziale Begleitung wirksam verzahnen. Programme für diese Zielgruppe sollen sprachliche Förderung, psychosoziale Stabilisierung, soziale Integration und berufliche Orientierung ganzheitlich kombinieren und sich an individuellen Entwicklungsverläufen statt starren Altersgrenzen orientieren. Die Ausweitung des Erziehungsbedarfs über das 18. Lebensjahr hinaus sowie interdisziplinäre, langfristige Begleitung sind zentrale Voraussetzungen, um Versorgungslücken zu schließen. Bildungspolitik und Kinder- und Jugendhilfe müssen dafür enger zusammenarbeiten, damit UMFs nicht zwischen den Systemen verloren gehen, sondern gestärkt ins Erwachsenenleben starten können. Dafür braucht es langfristig finanzierte Projekte wie zum Beispiel einen niedrighwelligen Jugend-HUB – analog zum Modell *Interface* – der klient:innenzentrierte Bildungsberatung mit psychosozialer Begleitung verbindet, wie dies bereits in den Jugendcolleges erprobt wurde. Durch gebündelte Angebote wie Jugendlots:innen, multiprofessionelle Beratung und Case Management sollen individuelle Lebenslagen ernst genommen und Übergänge im Bildungssystem langfristig begleitet werden. Ein solcher HUB muss als verbindende Schnittstelle zwischen Bildungseinrichtungen, Sozialleistungen und individueller Realität wirken. Für Jugendliche in prekären Lebenslagen ist ganzheitliche Betreuung kein Zusatzangebot, sondern essenziell, um Bildungsabbrüche zu verhindern.

## 10

**Systematische Erhebung von Daten**

Um die strukturelle Benachteiligung von migrantischen und rassistisch diskriminierten Personen in der Erwachsenenbildung wirksam anzugehen, braucht es eine verpflichtende, differenzierte und regelmäßig durchgeführte Datenerhebung zu Bildungsbeteiligung, -abbrüchen und -abschlüssen, insbesondere im Bereich der Lehrabschlüsse und außerordentlichen Abschlüsse. Der Staat muss hier eine aktive Rolle übernehmen, indem er gesetzlich vorgibt, dass relevante Akteure, wie etwa die Wirtschaftskammer (WKO) im Bereich der Lehre, ihre Daten in anonymisierter Form für wissenschaftliche Auswertung zur Verfügung stellen. Nur durch eine transparente und umfassende Datenlage können zielgerichtete Strategien zur Vermeidung von Drop-Outs, zur Förderung von Abschlüssen und zur sozial gerechten Arbeitsmarktintegration entwickelt werden. Eine solche Maßnahme ist auch notwendig, um strukturell verfestigte Interessen, die auf der Ausbeutung von Arbeitskräften ohne formale Abschlüsse beruhen, aufzubrechen und die Chancengleichheit in der Erwachsenenbildung zu stärken.

## 11

**Arbeitsmarktzugang niederschwelliger gestalten und öffnen**

Der Zugang zum Arbeitsmarkt sollte für migrantische und/oder rassistisch diskriminierte Personen deutlich niederschwelliger und flexibler gestaltet werden. Dafür braucht es Maßnahmen, die sich an den individuellen Ressourcen, Lebensrealitäten und Bedürfnissen der Menschen orientieren. Ein wichtiger Schritt ist die Anerkennung differenzierter Sprachkompetenzen, etwa durch berufsbezogene Sprachprofile anstelle allgemeiner Sprachniveaus. Statt langer und starrer Ausbildungswege sollten kürzere, modulare Qualifizierungsmaßnahmen gefördert werden, die einen rascheren Einstieg in den Arbeitsmarkt ermöglichen und schrittweise erweiterbar sind. Zentrale Voraussetzung ist eine individuelle Kompetenzfeststellung, die gemeinsam mit den Teilnehmenden realistische Perspektiven entwickelt, was sie aktuell schaffen können und wo gezielt unterstützt werden muss. Ebenso wichtig ist eine weiterführende Begleitung nach der Qualifizierung, die nicht mit Kursende aufhört, sondern den Übergang in den Arbeitsmarkt aktiv mitgestaltet: durch Unterstützung im Bewerbungsprozess, bei weiterführender Ausbildung und beim langfristigen Verbleib im Berufsfeld. Hier müssen auch Arbeitgeber:innen gezielt in die Pflicht genommen werden, Menschen einzustellen bzw auszubilden, die vielleicht noch nicht die perfekten Sprachkenntnisse besitzen, wenn diese arbeiten wollen.

12

### **Aufenthaltsrechtliche Perspektiven schaffen und gegen Prekarisierung vorgehen**

Für junge Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, insbesondere mit Fluchterfahrung, braucht es dringend aufenthaltsrechtliche Perspektiven, die Bildung und Integration realistisch ermöglichen. Analog zu Modellen wie der Ausbildungsduldung im Arbeitsbereich sollen auch für Bildungswege rechtliche Sicherheiten geschaffen werden. Ohne sicheren Aufenthalt bleibt die Lebenssituation prekär, was den Zugang zu Bildung massiv behindert. Bildung und psychische Gesundheit dürfen nicht getrennt gedacht werden. Für erfolgreiche Bildungskarrieren braucht es Stabilität, psychosoziale Unterstützungsangebote, kultursensible Beratung und rechtliche Begleitung, die niedrigschwellig, langfristig und strukturell verankert werden.

13

### **Rassismuskritische Bildung stärken und Betroffene wirksam unterstützen**

In den Workshops wurde deutlich, dass viele Teilnehmende der Erwachsenenbildung, insbesondere jugendliche Quereinsteiger:innen, unter rassistischer Diskriminierung leiden. Diese Erfahrungen wirken sich erheblich auf ihre Bildungslaufbahnen, Handlungsspielräume und Zukunftsperspektiven aus. Teilnehmende der Workshops sahen klaren Bedarf bezüglich einem flächendeckenden Ausbau rassismuskritischer und diversitätssensibler Bildungsangebote sowie psychosozialer Unterstützungsangebote, um Betroffene zu stärken und zu schützen. Um Bildung chancengerecht zu gestalten, braucht es niedrigschwellige, unabhängige Meldestellen für Rassismuserfahrungen im Bildungskontext. Diese müssen ernst genommen, professionell bearbeitet und mit konkreten Konsequenzen verbunden werden.

14

### **Digitalisierungsstrategie in der Erwachsenenbildung**

Es braucht eine umfassende Digitalisierungsstrategie, die sowohl strukturelle als auch pädagogische Dimensionen adressiert. Zunächst müssen Bildungseinrichtungen – insbesondere kleinere Träger – gezielt beim Ausbau digitaler Infrastruktur unterstützt werden, etwa durch finanzielle Förderprogramme für Endgeräte, Lernplattformen und technische Ausstattung. Gleichzeitig ist eine systematische Qualifizierung des pädagogischen Personals in digitaler Didaktik notwendig, um digitale Formate zielgruppengerecht, interaktiv und inklusiv gestalten zu können. Auch für Teilnehmer:innen müssen Barrieren abgebaut werden: Zugang zu Internet, Geräten und digitaler Grundbildung sollte als Grundvoraussetzung für Teilhabe an Bildungsprozessen anerkannt und öffentlich bereitgestellt werden – insbesondere für bildungsbenachteiligte Gruppen. Digitale Lernformate wie Blended Learning oder E-Learning brauchen klare Qualitätsstandards, differenzierte Zielgruppenorientierung und begleitende Unterstützung.

## Quellen und weiterführende Literatur

Breit, Simone (2007): Evaluation der "Frühen Sprachförderung". Einer Maßnahme aus dem Schulpaket I. Hg. v. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. Wien. Online verfügbar unter <https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/990004004180203343>.

Breit, Simone (2007): Evaluation der "Frühen Sprachförderung". Einer Maßnahme aus dem Schulpaket I. Hg. v. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. Wien. Online verfügbar unter <https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/990004004180203343>.

Ebner-Zarl, Astrid (2023): Ausbildung 18+. Qualitative Interviews mit 18- bis 25-jährigen Ausbildungsabbrecher\*innen. Unter Mitarbeit von Johanna Blum, Harald Glaser, Heike Angerer und Silvia Hofbauer. Hg. v. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. Wien. Online verfügbar unter <https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/994941820303343>.

Gruber, Oliver (2019): Schwenk zur Desintegration. Aus Integrationspolitik wurde Desintegrationspolitik. Dies verschärfte die gesellschaftliche Spaltung und wird die Gesellschaft viel kosten. In: Arbeit und Wirtschaft: AW 73 (4), [12]-13. Online verfügbar unter [https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/urn:nbn:at:at-akw:g-3039265.LOG\\_0016](https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/urn:nbn:at:at-akw:g-3039265.LOG_0016).

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (2019): Impulse zu einem professionellen Umgang mit Flucht, Migration und Mehrsprachigkeit in Kindergarten und Volksschule sowie an ihrem Übergang. Stand September 2019. Wien: AK Wien (Ankommen - Bleiben - Zukunft gestalten: Migration und Flucht im Kindergarten- und Schulalltag, 2). Online verfügbar unter <https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/994872813703343>.

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (2019): Pädagogische, psychologische und organisatorische Impulse für die erfolgreiche Eingliederung zugewanderter SchülerInnen. 2. Auflage, Stand April 2019. Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Ankommen - Bleiben - Zukunft gestalten: Migration und Flucht im Kindergarten- und Schulalltag, 1). Online verfügbar unter <https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/994872813803343>.

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (2023): Migration und Mehrsprachigkeit. Wie fit sind wir für die Vielfalt? Online verfügbar unter [https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitundsoziales/bildung/Migration\\_u\\_Mehrsprachigkeit\\_2023.pdf](https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitundsoziales/bildung/Migration_u_Mehrsprachigkeit_2023.pdf)

Kaske, Rudi (2016): Bildung ist der Schlüssel. In: Arbeit und Wirtschaft: AW 70 (7), S. 43. Online verfügbar unter [https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/urn:nbn:at:at-akw:g-842814.LOG\\_0027](https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/urn:nbn:at:at-akw:g-842814.LOG_0027).

Kreuzhuber, Margit (2011): Migration und Integration. Unter Mitarbeit von Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen. Wien: Ueberreuter (Publikationen des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen). Online verfügbar unter <https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/990003545660203343>.

Kücükyasar, Mevlüt (2012): Ignoranz frisst Bildung und schadet allen. Migration und Integration. In: AK Stadt: ArbeitnehmerInnen-Interessen im urbanen Raum (2), S. 10–11. Online verfügbar unter [https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/urn:nbn:at:at-akw:g-153834.LOG\\_0020](https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/urn:nbn:at:at-akw:g-153834.LOG_0020).



Lachmayr, Norbert (2011): Expertise zur sozialen Selektion beim Bildungszugang. Schwerpunkt Migration; im Auftrag der AK Wien. Unter Mitarbeit von Heinz Leitgöb und Johann Bacher. Hg. v. ÖIBF Österr. Inst. für Berufsbildungsforschung. Wien. Online verfügbar unter <https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/990004004190203343>.

Lachmayr, Norbert (2010): Erhebung von Qualitätskriterien für "Deutsch als Zweitsprache"-Kurse. Checkliste DaZ; im Auftrag der AK Wien. Wien: ÖIBF - Österr. Inst. für Berufsbildungsforschung. Online verfügbar unter <https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/990004003760203343>.

Memic, Nedad (2016): Ignorierte Potenziale: Österreich ist nicht erst seit den jüngsten Zuwanderungswellen mehrsprachig. Das Schulsystem nutzt die Vorteile jedoch nicht ausreichend. In: Arbeit und Wirtschaft: AW 70 (7), S. 14–15. Online verfügbar unter [https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/urn:nbn:at:at-akw:g-842527.LOG\\_0016](https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/urn:nbn:at:at-akw:g-842527.LOG_0016).

Nairz-Wirth, Erna (2024): Handlungsempfehlungen für Lehrende, Schulleitung und Eltern bzw. Erziehungsberechtigte zur erfolgreichen Prävention von Schulabsentismus und Schulabbruch. Aufbruch zu einer neuen Schulkultur. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage. Unter Mitarbeit von Klaus Feldmann. Hg. v. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. Wien. Online verfügbar unter <https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/994973620303343>.

Sprung, Annette (2015): Berufstätige Studierende mit Migrationshintergrund an der FH Technikum Wien. 1. Auflage, Stand: September 2015. Hg. v. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. Wien (AK Infos). Online verfügbar unter <https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/990004476580203343>.

Purkarthofer, Judith (2016): Begriffe von Mehrsprachigkeit : Sprachliche Bildung der PädagogInnen vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung: eine empirische Untersuchung ausgewählter Curricula. Hg. v. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. Wien. Online verfügbar unter <https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/990004549020203343>.

Reiter, Claudia; Steiner, Mario (2024): Analyse von Bildungsverläufen auf Basis von Registerdaten. Bildungserfolge in Abhängigkeit vom "Chancenindex" der besuchten Schulen. Unter Mitarbeit von Oliver Gruber. Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. Online verfügbar unter <https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/994973919903343>.

Schmatz, Susanne; Wetzels, Petra (2014): MigrantInnen in Wien 2014: Einkommen, Bildung, Wohnen, Konsum und soziale Einbindung. Stand: September 2014. Wien: AK Wien. Online verfügbar unter <https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/990004395160203343>.

Schnell, Philipp (2015): Ungleichheitssystem Schule. In: Arbeit und Wirtschaft: AW 69 (6), 26–[27]. Online verfügbar unter [https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/urn:nbn:at:at-akw:g-742753.LOG\\_0026](https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/urn:nbn:at:at-akw:g-742753.LOG_0026).

Schönherr, Daniel (2019): Diskriminierungserfahrungen in Österreich: Erleben von Ungleichbehandlung, Benachteiligung und Herabwürdigung in den Bereichen Arbeit, Wohnen, medizinische Dienstleistungen und Ausbildung: Endbericht. Unter Mitarbeit von Bettina Leibetseder, Winfried Moser und Christoph Hofinger. Stand: Mai 2019. Wien:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. Online verfügbar unter <https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/994833517603343>.

Steindl, Irene (2013): Migration: Gekommen, um zu bleiben. Österreich hat einen der höchsten Migrationsanteile in der EU. Ohne Reformen in der Asylpolitik ist der soziale Zusammenhalt gefährdet. In: Arbeit und Wirtschaft: AW 67 (7), 34-[35]. Online verfügbar unter [https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/urn:nbn:at:at-akw:g-303068.LOG\\_0026](https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/urn:nbn:at:at-akw:g-303068.LOG_0026).

Stöger, Eduard (2017): Absolventinnen und Absolventen von Lehre und BMS. Zwei Ausbildungswege im Vergleich: empirische Analyse im Auftrag der Arbeiterkammer Wien. Endbericht. Unter Mitarbeit von Jakob Peterbauer, Markus Bönisch und Barbara Wanek-Zajic. Hg. v. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. Statistik Austria. Wien. Online verfügbar unter <https://aksearch.arbeiterkammer.at/Record/990004677730203343>.

## Dialogprozess Migration in Wien – Teilnehmende Institutionen

Der Dialogprozess Migration in Wien hat Expert:innen der Arbeiterkammer Wien mit externen Stakeholdern aus Wissenschaft, Verwaltung und Praxis zusammengebracht, um Bedürfnisse und Lebensrealitäten von migrantischen und/oder rassistisch diskriminierten Personen in Wien in den Fokus zu nehmen.

In insgesamt sechs Workshops zu den Themen Wohnen, Arbeit, Bildung, Demokratie, Gesundheit sowie öffentlicher Raum wurden Potenziale zur Verbesserung der sozialen, kulturellen und politischen Teilhabe von migrantischen und/oder rassistisch diskriminierten Wiener:innen auf kommunaler Ebene ausgelotet.

An sechs Terminen von Jänner bis März 2025 wurden in jedem der Workshops drei Fokusgruppen abgehalten und so insgesamt über 150 Expert:innen in verschiedenen Konstellationen zusammengebracht.

AMS Wien

Arbeiterkammer Burgenland

Arbeiterkammer OÖ

AST – Anlaufstelle Anerkennung

Baudirektion Stadt Wien

BAWO - Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe

Bundesagentur für Betreuung- und Unterstützungsleistungen

Beratungszentrum für Migrant:innen

Bildungsdirektion Wien

Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

Caritas der Erzdiözese Wien – Hilfe in Not

con.sens verkehrsplanung zt gmbh

Dachverband Wiener Sozialeinrichtungen

Demokratie, was geht (Verein Gleisdreieck)

Diakonie Aufschwung

Diakonie Österreich

Fachstelle Demokratie (Verein Wiener Jugendzentren)

Fem Süd

Fonds Soziales Wien

Fremde werden Freunde

Frühe Hilfen

Österreichischer Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen

Gewerkschaft GPA

Hochschule Campus Wien

Initiative Diskriminierungsfreies Bildungswesen  
 fairplay – Initiative für Vielfalt und Antidiskriminierung  
 Institut für Soziologie (Universität Wien)  
 Institut für Stadt und Regionalforschung (ÖAW)  
 Integrationshaus  
 Interface Wien  
 LEFÖ  
 Lokale Agenda 21 Wien  
 MA 13 - Bildung und Jugend  
 MA 15 - Gesundheitsdienst der Stadt Wien  
 MA 18 - Stadtentwicklung und Stadtplanung  
 MA 19 - Architektur und Stadtgestaltung  
 MA 20 – Energieplanung (Büro für Mitwirkung)  
 MA 35 - Einwanderung und Staatsbürgerschaft  
 MA 40 - Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht  
 Medizinische Universität Wien  
 Österreichischer Gewerkschaftsbund  
 Pädagogische Hochschule Wien  
 Polizei Wien  
 PROSA – Projekt Schule für alle  
 QMS – Qualitätsmanagement für Schulen  
 Queer Base  
 Riders Collective  
 Österreichischer Gewerkschaftsbund  
 Österreichisches Rotes Kreuz  
 Search and Shape - Institut für angewandte Sozialwissenschaft  
 SOS-Mitmensch  
 Sprachförderzentrum der Bildungsdirektion Wien  
 Sucht- und Drogenkoordination Stadt Wien  
 Suchthilfe  
 Stabsstelle Ukraine Flüchtlingskoordination (BMI)  
 Technische Universität Wien  
 Tilia – Büro für Landschaftsplanung  
 Train of Hope  
 Tralalobe

Universität Wien  
Verein Disrupt  
Verein Geht-Doch  
Verein Piramidops  
Verein Wiener Jugendzentren  
VHS Brigittenau  
VHS Wien  
Vidaflex  
Volkshilfe Wien  
Waff  
Wohnberatung Wien des Wohnservice Wien  
WUK mpower  
Yunion  
Zara – Verein für Zivilcourage und Anti-Rassismus Arbeit

**IMPRESSUM**

Medieninhaber: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien,  
Prinz-Eugen-Straße 20–22, 1040 Wien, Telefon: (01) 501 65 0

Offenlegung gem § 25 MedienG: siehe [wien.arbeiterkammer.at/impresum](http://wien.arbeiterkammer.at/impresum)

Auftraggeberin: AK Wien / Abt. Arbeitsmarkt und Integration und Abt. Kommunalpolitik und Wohnen

Rückfragen an: Kevin Fredy Hinterberger, Mara Verlič

Inhalt und Gestaltung: Institut für Stadt- und Regionalforschung, Österreichische Akademie der Wissenschaften

© 2026 AK Wien